

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

191 (17.8.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-554666](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-554666)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Ausgang Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Almenstraße 24, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einsch. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 RM., für zwei Monate 1,50 RM., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postlohn.

Mit Sonntagsbeilage.

Interate die städtische Postanstalt oder deren Raum für die Inserenten in Rülfringen-Wilhelmshaven u. Umgegend, sowie der Filialen 15 Pfg., für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Wägen Anzeigen aus kleinerer als der Grundgröße gesetzt werden, so werden sie auch nach erster berechnet. Reflanspreiße 50 Pfg.

25. Jahrgang. Rülfringen, Donnerstag den 17. August 1911. Nr. 191.

Die Kriegspädagogik.

H. E. „Der Krieg ist so alt wie die Menschheit“. Mit dieser historischen Wahrheit wird nicht selten ein die Menschheit und die Humanität geradezu verdrängender Mißbrauch getrieben. Man folgert aus ihr, daß der Krieg niemals aus der Welt geschafft werden könne. Man muß sich aber nur seine großen geschichtlichen Entwicklungsschritte vergegenwärtigen, um die Willkürlichkeit und Unhaltbarkeit dieser Folgerung zu erkennen. Der Krieg hat seine Wurzel in dem Interessengegensatz, der zunächst von Mensch zu Mensch, unter einzelnen Menschen sich geltend machte und physisch im Zweikampfe zum Durchbruch kam. Kampf um Dasein ist die älteste Ursache des Krieges. Um die Bedingungen und die Mittel des Lebens entbrannte zuerst der blutige Kampf. Des Menschen Lebensziel war der Mensch, als er noch im Zustande der Barbarei sich befand. Die Verhältnisse von Mensch zu Mensch gestalteten sich nach dem Rechte des Stärkeren. Mit der Notwehr verbanden sich mächtig wirkende Leidenschaft und Begehrlichkeit, der gewalttätige Raub, das Streben nach Reiz und Herrschaft. Die Eigentumsfrage entstand und machte sich geltend.

Mit dem Dichterverwehen der Bevölkerung und infolge ihrer Ausbreitung wurde das Besitzergreifen unmöglich, ohne das Bestehen, das ein anderer bereits erworben hatte, zu stören, oder seiner Ablicht, Besitz zu erwerben, entgegenzusetzen. Das Besitzergreifen konnte nicht mehr ohne starke Kollisionen vor sich gehen; es veranderte sich in Raub. Als die einzelnen Familiengruppen zu Volkstämmen und diese durch die Erkenntnis gemeinsamen Interesses festgegliedert wurden, kam Epitem in das Raubwesen; es gab plündernde Raubzüge, Plünderungen und Zerstörungskriege. Es vollzog sich die Bildung des Kriates, der insoweit als die erste Friedensstiftung anzusehen ist, als er seinen eigenen Bürgern das Recht des Daseins in ihren wechselseitigen Beziehungen gewährte. Aber der Raubbezug war das Band des Leidens, der betriegt werden mußte.

Die Völker wendeten sich der Eroberung zu. Man begann, in fremdes Gebiet einzudringen und sich denselben zu bemächtigen zum Zwecke dauernder Niederlassung und um es zu beherrschen, wobei zunächst nur wirtschaftliche Motive in Betracht kamen. Bei höher zivilisierten Staaten aber überwiegen in der Eroberung politische Motive die wirtschaftlichen. Es galt dabei der Erweiterung der Staatsmacht, der Ausbreitung der Herrschaft, der Befriedigung der Herrschsucht. Die Völker wurden Parteien, deren Glieder auf jeder Seite in einer gewissen politischen Vereinbarung sind, oder eine politische Zwangsorganisation bilden. Der Krieg wurde eine öffentliche Staatshandlung, die bei freier Willkür abhängig ist von der freien Entschiedenheit der Bürger oder ihrer berechtigten Vertreter, die unsreien von der Willkür despotischer Gewalttäter, von denen viele den Krieg führten, um die „Weltbeherrschung“ zu erlangen. Im Altertum betrachtete ein Volk das andere als seinen natürlichen Feind. Und doch kam schon frühe in erleuchteten Geistes der Gedanke eines dauernden Friedenszustandes auf.

Später, im Mittelalter, bewirkten die Herrschaftsinteressen der Kirche, der religiöse Wahn, neben den politischen Interessen der weltlichen Machthaber oder in Verbindung mit diesen viele Kriege. In der neueren Zeit waren es hauptsächlich mit die auf ein förmliches Welt-handelsmonopol gerichteten wirtschaftlichen Interessen der sich bekämpfenden Nationen, neben den kolonialpolitischen Unternehmungen, die zu Kriegen führten.

Worin die Kriegsurachen und Kriegsgefahren unserer Zeit liegen, darüber sind unsere Leser wohl ausreichend unterrichtet, um überzeugt zu sein, daß diese Ursachen und Gefahren nicht mit „unabwehrbarer Notwendigkeit“ gegeben sind, daß sie vielmehr überwunden werden können und müssen. Unmöglich kann man, ohne der Vernunft und der Befehle der Kulturentwicklung zu spotten, annehmen, daß die zum Krieg drängenden und ihn rechtfertigenden und verherrlichenden Interessen und Anschauungen dauernd stärker sein, als diejenigen, welche auf die Sicherung des Völkereidens gerichtet sind.

Zur Rechtfertigung und Verherrlichung hat ja lange Zeitkämme hindurch auch die Gottheit dienen müssen, die der Mensch nach seinem eigenen Wesen sich geschaffen. Wer glaubt heute noch an das religiös-politische Dogma von der „unantastbaren göttlichen Weltordnung“, an die Lehre der Theologen, daß die Kriege eine „Schädigung der göttlichen Vorsehung“ sind? Ihrer sind gewiß nur noch verhältnismäßig wenige, während es allerdings noch viele gibt, die diesen Glauben heucheln, um sich so in der denkbar einfachsten und bequemsten Weise mit dem Kriege abzufinden und ihre Ablicht, nichts gegen dieses Unheil unternehmen zu wollen, zu bemänteln. Dem, „was Gott schickt“, das

„muß“ nach der Lehre der Theologen der Mensch nicht nur gedulde, sondern sogar dankbar ertragen.

Heute nehmen die Kriegsfanatiker und -heger vornehmlich den „Patriotismus“, die „nationalen Interessen“, die „nationale Ehre“ zum Vorwand für ihr schändliches Treiben. Weshalb berufen sie sich nicht auch auf die Lehren ihrer Vorgänger, deren besonders Deutschland ja so viele aufzuzählen hat? Es ist sehr charakteristisch, daß gerade in der Friedensperiode, die dem Sturze Napoleons I. folgte, sich eine den Krieg grundbänglich billigende und verherrlichende Richtung herausgab. Und zwar fast nur in Deutschland und hier besonders in Preußen. Zwar hatten die Monarchen, welche die „heilige Allianz“ begründeten, als „Delegierte der Vorsehung“ aufzutreten, sich im Artikel VI dieses Bündnisses feierlich zur „Beglückung der Völker“ durch Liebe, Gerechtigkeit und Frieden bekannt. Das war eine der tollsten Heucheleien des monarchischen Interesses, die die Welt jemals erlebte hat. Fromme Diener dieser „Delegierten der Vorsehung“, Eiferer des Legitimus, zeigten über die „Verderbnis der Menschheit“ und riefen den Krieg als „göttliches Strafgericht“ geradezu herbei. Napoleon behandelte sie als „Werkzeug Gottes“, der sich ein Strafgericht vollzogen, und sie feierten ihn als „Vündiger der Revolution“, der „die Atmosphäre Europas von den verderblichen Dünsten der Freiheitsbestrebungen“ gereinigt. Der protestantische Historiker Leo, der noch in seinem hohen Alter, 1863, in Anerkennung seiner „Verdienste“ vom preußischen Könige zum lebenslänglichen Mitgliede des Herrenhauses „erhoben“ wurde, verkündete die infame Lehre, daß der Krieg gewissermaßen als „weltgeschichtliche Hygiene“ zur „Kurotung des Stropfuhlen Geinels“ und der Bevölkerungsbüchsele ein notwendiger Volksadel ist. Dazu kamen in der Literatur die Romantiker, denen der Friede als unpraktisch, spießbürgerlich und langweilig erschien. Endlich leisteten die „Menschheitspädagogen“ der sogenannten Gesellschaftsphilosophie, Hegel, Trendelenburg u. a. auch das Ihrige, indem sie lehrten, daß der Krieg den „Verfall“ abe, Vorherrscher zu sein für die größten Tugenden menschlicher Selbstauferopferung, edelster Vaterlandsliebe, strenger Zucht und eifrigen Gehorsams. Ihnen folgten dann manch andere in akademischer Freiheit dreifizierte Kalleneingeliter.

Man würde sich sehr täuschen mit der Annahme, daß alle die hier erwähnten, den Krieg rechtfertigenden und verherrlichenden Tendenzen überwunden sind. Das ist durchaus nicht der Fall; sie wuchern immer noch fort. Im Wesen des Berufsoldatentums ist es begründet, daß dieses Element eifrigst der Pflege des kriegerischen Geistes ganz in dem Sinne der vorerwähnten philosophischen „Menschheitspädagogen“ obliegt. Es ist bemüht, in den Wallen der Pflichtsoldaten die Liebe zum Krieg, die Sehnsucht nach kriegerischen Taten zu entzünden, eine Pädagogik, die in den Kriegerelementen ihre Fortsetzung findet. Schon oft haben hohe Militärs in Wort und Schrift ganz offen nicht nur diesen Geist, sondern sogar dem Wunsch Ausdruck gegeben, es sei bald zum Kriege kommen möge. Hier nur ein Beispiel von vielen. In der Wochenbeilage zur „Deutschen Tageszeitung“ schrieb vor zehn Jahren ein Offizier: „Schwer drückt nun der von allen geeignete dreißigjährige Friede auf dem deutschen Heere, jener mächtigen Organisation, die, im Laufe der Jahre ins Riesenhafte gewachsen, trotz sorgsamster Pflege und Ausbildung an dem Uebel krank, daß alle ihre Übungen und Ausbildungen einem Exempel gleichen, an dem die Probe nicht gemacht werden kann und dessen Richtigkeit deshalb in Zweifel gezogen werden darf. Dreißig Jahre Frieden sind zu allen Zeiten ein Verhängnis, häufig ein Caput für ein großes Heer geworden.“

Jetzt haben wir schon vierzig Jahre Frieden, ergo ist das „Verhängnis“ für unser Heer noch schlimmer, als vor zehn Jahren.

Speziell nur im Interesse des Heeres, d. h. des Berufsoldatentums, damit es seinen kriegerischen Beruf erfüllen kann, wird hier der Krieg herbeigewünscht, womit man die so oft aufgestellte abfurde Behauptung vergleichen möge, daß das Heer und seine stetige Verstärkung der „Erhaltung des Friedens“ diene.

Auch die Schule hat man in den Dienst der Kriegspädagogik gestellt. Was da an Verherrlichung des bluttreueften Schulalters Krieg, besonders in den ersten Zeiten nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71, sowie an Auffachung des Nationalstolzes und an „patriotischer“ Verheugung geleistet worden ist, muß geradezu als ein Verbrechen gegen Vernunft und Humanität qualifiziert werden.

Man würde sich sehr täuschen mit der Annahme, daß alle die hier erwähnten, den Krieg rechtfertigenden und verherrlichenden Tendenzen überwunden sind. Das ist durchaus nicht der Fall; sie wuchern immer noch fort. Im Wesen des Berufsoldatentums ist es begründet, daß dieses Element eifrigst der Pflege des kriegerischen Geistes ganz in dem Sinne der vorerwähnten philosophischen „Menschheitspädagogen“ obliegt. Es ist bemüht, in den Wallen der Pflichtsoldaten die Liebe zum Krieg, die Sehnsucht nach kriegerischen Taten zu entzünden, eine Pädagogik, die in den Kriegerelementen ihre Fortsetzung findet. Schon oft haben hohe Militärs in Wort und Schrift ganz offen nicht nur diesen Geist, sondern sogar dem Wunsch Ausdruck gegeben, es sei bald zum Kriege kommen möge. Hier nur ein Beispiel von vielen. In der Wochenbeilage zur „Deutschen Tageszeitung“ schrieb vor zehn Jahren ein Offizier: „Schwer drückt nun der von allen geeignete dreißigjährige Friede auf dem deutschen Heere, jener mächtigen Organisation, die, im Laufe der Jahre ins Riesenhafte gewachsen, trotz sorgsamster Pflege und Ausbildung an dem Uebel krank, daß alle ihre Übungen und Ausbildungen einem Exempel gleichen, an dem die Probe nicht gemacht werden kann und dessen Richtigkeit deshalb in Zweifel gezogen werden darf. Dreißig Jahre Frieden sind zu allen Zeiten ein Verhängnis, häufig ein Caput für ein großes Heer geworden.“

Jetzt haben wir schon vierzig Jahre Frieden, ergo ist das „Verhängnis“ für unser Heer noch schlimmer, als vor zehn Jahren.

Politische Rundschau.

Rülfringen, 16. August.

Zum Marokkoeffizit.

Herr v. Aiderlen-Wächter und Herr Cambon hatten bereits am Montag wieder eine Besprechung. Dann dampfte von Aiderlen-Wächter nach Wilhelmshöhe zum Vortrag beim Kaiser. — In Paris verlautet, die französische Regierung werde eine offizielle Mitteilung über den Stand der Marokkoverhandlungen machen. Der „Petit Parisien“ kam demgegenüber jedoch mitteilen, daß nach seinen Informationen die Behauptung unrichtig ist, die deutsch-französischen Konferenzen seien dem Abschlusse nahe und nur noch einige Einzelheiten wären zu regeln. In Wirklichkeit haben die seit drei Monaten geführten Verhandlungen keine großen Fortschritte gemacht.

Deutsche Blätter berichten, daß auf dem bevorstehenden Kaiser-Diner in Wilhelmshöhe das Resultat der Verhandlungen — den in Schnelzug harrenden Unterthanen kundgetan werden wird.

Gegen das kürzlich erfolgte Söbetratsen des englischen Ministers Lloyd-George ziehen jetzt bedeutende englische Blätter zu Felde.

Ein „ernster Zwischenfall“ soll zwischen der deutschen und der französischen Regierung jetzt beigelegt worden sein. Beriehetlich ist auf französischem Boden ein für den Kreuzer „Berlin“ bestimmter Postbeutel geöffnet worden. Die Sache hat das Reichspostamt in der Hand.

Wahrschölle als Wahlparole.

Mit Recht weisen die „Berliner Politischen Nachrichten“ darauf hin, daß im bevorstehenden Wahlkampf die Handels- und Wirtschaftspolitik eine große Rolle spielen wird. Das Blatt behauptet nun, daß die Gegner der Schutzpolitik die Meinung verbreiten, als habe gegenwärtig die Frage des Schutzzolles oder Freihandels keine wesentliche Bedeutung. Demgegenüber wird betont:

„Das gerade Gegenteil ist der Fall. Ja, es darf sogar behauptet werden, daß die Handels- und Wirtschaftspolitik bei den nächsten Reichstagswahlen eine Hauptrolle spielen wird, und zwar um so mehr, als die Freihändler, die eingeschlagen haben, daß sie mit ihrer Forderung nicht vorwärts kommen, nimmere die Taktik eingeschlagen haben, im Prinzip nicht gegen den Schutz Zoll aufzutreten, in der Tat aber auf seinen Abbau hinzudrängen. Mit anderen Worten heißt das, daß der Freihandel nicht die völlige, aber die allmähliche Aufhebung des Schutzzolles zu erreichen versucht.“

Die „Berliner Politischen Nachrichten“, die auf Seite der Schwer-Industrie stehen, halten es unter diesen Umständen für notwendig, daß vor den Reichstagswahlen völlige Klarheit über diese Gemeinschaft verbreitet wird, und daß alle diejenigen, die den Schutz der nationalen Arbeit auf der Grundlage des Zolltarifs von 1902 und der bestehenden Handelsverträge aufrecht erhalten wissen wollen, gegen diese Koalition Front machen. . . . Bei den Reichstagswahlen muß von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die den besten Beweis für die Richtigkeit der bisherigen Handels- und Wirtschaftspolitik in dem Ausföhlen des Wohlstandes des Deutschen Reiches sieht, diesen Bestrebungen die richtige Abfertigung erteilt werden.

Die Scharfmacher im trauten Bunde mit den Junkern richten sich also darauf ein, va banquo zu spielen. Mit dem Stichwort: Schutz der nationalen Arbeit — in diesem Zusammenhang eine ungeheure Lüge — gedenken sie die Wählermassen für sich in Bewegung setzen zu können. Der mit dem Wucherzolltarif von 1902 inaugurierte „Schutz der nationalen Arbeit“ hat den Schlotbaronen und den Krautjunkern enorme Vorteile gebracht, die Lage der großen Masse des Volkes, nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Beamten und des so viel umschwandenen Mittelstandes, ist erheblich schwieriger geworden. Diese Art des Schutzes der nationalen Arbeit hat aber auch keineswegs der Industrie

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Almenstraße 24, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Beleglohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg. einschließlich Beleglohn.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Inserate die fünfgespaltene Korpuszeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstingen-Wilhelmshaven u. Umgegend, sowie der Filialen 15 Pfg., für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Wässen Anzeigen aus kleineren als der Grundchrift gesetzt werden, so werden sie auch nach erster berechnet. Restanzzeile 50 Pfg.

25. Jahrgang.

Rüstingen, Donnerstag den 17. August 1911.

Nr. 191.

Die Kriegspädagogik.

H. E. „Der Krieg ist so alt wie die Menschheit“. Mit dieser historischen Wahrheit wird nicht selten ein die Vernunft und die Humanität geradezu verhöhrender Mißbrauch getrieben. Man folgert aus ihr, daß der Krieg niemals aus der Welt geschafft werden könne. Man muß sich aber nur seine großen geschichtlichen Entwicklungsphasen vergegenwärtigen, um die Willkürlichkeit und Unhaltbarkeit dieser Folgerung zu erkennen. Der Krieg hat seine Wurzel in dem Interessengegensatz, der zunächst von Mensch zu Mensch, unter einzelnen Menschen sich geltend machte und physisch im Zweikampfe zum Durchbruch kam. Kampf um Dasein ist die älteste Ursache des Krieges. Um die Beibehaltung und die Mittel des Lebens entbrannte zuerst der blutige Kampf. Des Menschen Todfeind war der Mensch, als er noch im Zustande der Barbarei sich befand. Die Verhältnisse von Mensch zu Mensch gestalteten sich nach dem Rechte des Stärkeren. Mit der Notwehr verbanden sich mächtig wirkende Leidenschaft und Begehrlichkeit, der gewalttätige Kampf, das Streben nach Besitz und Herrschaft. Die Eigentumsfrage entstand und machte sich geltend.

Mit dem Dichterverdorne der Bevölkerung und infolge ihrer Ausbreitung wurde das Besitzergreifen unmöglich, ohne das Besitztum, das ein anderer bereits erworben hatte, zu stören, oder seiner Ablicht, Besitz zu erwerben, entgegenzutreten. Das Besitzergreifen konnte nicht mehr ohne starke Kollisionen vor sich gehen; es verbandelte sich in Kampf. Als die einzelnen Familiengruppen zu Volksstämmen und diese durch die Erkenntnis gemeinsamen Interesses festgegliedert wurden, kam System in das Kampfwesen; es gab planmäßige Raubzüge, Plünderungs- und Zerstückungsriege. Es vollzog sich die Bildung des Staates, der insofern als die erste Friedensstiftung anzusehen ist, als er seinen eigenen Bürgern das Recht des Daseins in ihren wechselseitigen Beziehungen gewährte. Aber der Nachbarbezirk war das Land des Todfeindes, der beseitigt werden mußte.

Die Völker wendeten sich der Eroberung zu. Man began, in fremdes Gebiet einzudringen und sich dasselben zu bemächtigen zum Zwecke dauernder Niederlassung und um es zu beherrschen, wobei zunächst nur wirtschaftliche Motive in Betracht kamen. Bei höher zivilisierten Staaten aber überwiegen in der Eroberung politische Motive die wirtschaftlichen. Es galt dabei der Erweiterung der Staatsmacht, der Ausbreitung der Herrschaft, der Befriedigung der Herrschsucht. Die Völker wurden Parteien, deren Glieder auf jeder Seite in einer gewissen politischen Vereinbarung sind, oder eine politische Organisationsbildung. Der Krieg wurde eine öffentliche Staatshandlung, die bei freien Völkern abhängig ist von der freien Entscheidung der Bürger oder ihrer berechtigten Vertreter, bei unfreien von der Willkür despotischer Gewalttäter, von denen viele den Krieg führten, um die „Weltbeherrschung“ zu erringen. Im Altertum betrachtete ein Volk das andere als seinen natürlichen Feind. Und doch kam schon frühe in erleuchteten Geistern der Gedanke eines dauernden Friedenszustandes auf.

Später, im Mittelalter, bewirkten die Herrschaftsinteressen der Kirche, der religiöse Wahn, neben den politischen Interessen der weltlichen Machthaber oder in Verbindung mit diesen viele Kriege. In der neueren Zeit waren es hauptsächlich mit die auf ein förmliches Welt handelsmonopol gerichteten wirtschaftlichen Interessen der lesafahrenden Nationen, neben den kolonialpolitischen Unternehmungen, die zu Kriegen führten.

Worin die Kriegsursachen und Kriegsgefahren unserer Zeit liegen, darüber sind unsere Leser wohl ausreichend unterrichtet, um überzeugt zu sein, daß diese Ursachen und Gefahren nicht mit „unabwendbarer Notwendigkeit“ gegeben sind, daß sie vielmehr überwunden werden können und müssen. Unmöglich kann man, ohne der Vernunft und der Gesetze der Kulturentwicklung zu spotten, annehmen, daß die zum Kriege drängenden und ihn rechtfertigenden und verherrlichenden Interessen und Anschauungen dauernd stärker seien, als diejenigen, welche auf die Sicherung des Völkerfriedens gerichtet sind.

Zur Rechtfertigung und Verherrlichung hat ja lange Zeiträume hindurch auch die Gottheit dienen müssen, die der Mensch nach seinem eigenen Wesen sich geschaffen. Wer glaubt heute noch an das religiös-politische Dogma von der „unantastbaren göttlichen Weltordnung“, an die Lehre der Theologen, daß die Kriege eine „Schöpfung der göttlichen Vorsehung“ sind? Ihrer sind gewiß nur noch verhältnismäßig wenige, während es allerdings noch viele gibt, die diesen Glauben heucheln, um sich so in der denkbaren einfachsten und bequemsten Weise mit dem Kriege abzufinden und ihre Absicht, nichts gegen dieses Unheil unternehmen zu wollen, zu bemänteln. Denn, „was Gott schickt“, das

„muß“ nach der Lehre der Theologen der Mensch nicht nur geduldig, sondern sogar dankbar ertragen.

Heute nehmen die Kriegsanhänger und -heger vornehmlich den „Patriotismus“, die „nationalen Interessen“, die „nationale Ehre“ zum Vorwand für ihr schändliches Treiben. Weshalb berufen sie sich nicht auch auf die Lehren ihrer Vorgänger, deren besonders Deutschland ja so viele aufzuweisen hat? Es ist sehr charakteristisch, daß gerade in der Friedensperiode, die dem Sturze Napoleons I. folgte, sich eine den Krieg grundsätzlich billigende und verherrlichende Richtung hervorrot. Und zwar fast nur in Deutschland und hier besonders in Preußen. Zwar hatten die Monarchen, welche die „heilige Allianz“ begründeten, als „Delegierte der Vorsehung“ auftretend, sich im Artikel VI dieses Bündnisses feierlich zur „Beglückung der Völker“ durch Liebe, Gerechtigkeit und Frieden bekannt. Das war eine der tollsten Heucheleien des monarchischen Interesses, die die Welt jemals erlebt hat. Fromme Diener dieser „Delegierten der Vorsehung“, Eiferer des Legitimus, zeternten über die „Verderbnis der Menschheit“ und riefen den Krieg als „göttliches Strafgericht“ geradezu herbei. Napoleon behandelte sie als „Werkzeug Gottes“, der solch ein Strafgericht vollzogen, und sie feierten ihn als „Bändiger der Revolution“, der „die Atmospäre Europas von den verderblichen Dünsten der Freiheitsbestrebungen“ gereinigt. Der protestantische Historiker Leo, der noch in seinem hohen Alter, 1863, in Anerkennung seiner „Verdienste“ vom preußischen Könige zum lebenslänglichen Mitgliede des Herrenhauses „erhoben“ wurde, verflüchtete die infame Lehre, daß der Krieg gewissermaßen als „weltgeschichtliche Hygiene“ zur „Ausrottung des strophulösen Geindels“ und der Bevölkerungsoberfläche ein notwendiger Volksarznei sei. Dazu kamen in der Literatur die Romantiker, denen der Friede als unpraktisch, spießbürgerlich und langweilig erschien. Endlich leisteten die „Menschheitspädagogen“ der sogenannten Geschichtsphilosophie, Hegel, Trendelenburg u. a. auch das ihrige, indem sie lehrten, daß der Krieg den „Reiz“ über, Lehrmeister zu sein für die größten Tugenden menschlicher Selbstaufopferung, edelster Vaterlandsliebe, strenger Zucht und eisernen Gehorams. Ihnen folgten dann manch andere in akademischer Freiheit dressierte Kalernengeißler.

Man würde sich sehr täuschen mit der Annahme, daß alle die hier erwähnten, den Krieg rechtfertigenden und verherrlichenden Tendenzen überwunden sind. Das ist durchaus nicht der Fall; sie üben immer noch fort. Im Wesen des Berufssoldatentums ist es begründet, daß dieses Element eifrig der Pflege des kriegerischen Geistes ganz in dem Sinne der vorerwähnten philosophischen „Menschheitspädagogik“ obliegt. Es ist bemüht, in den Massen der Pflichtsoldaten die Liebe zum Krieg, die Sehnsucht nach kriegerischen Taten zu entzünden, eine Pädagogik, die in den Kriegervereinen ihre Fortsetzung findet. Schon oft haben hohe Militärs in Wort und Schrift ganz offen nicht nur diesen Geist, sondern sogar dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß es bald zum Kriege kommen möge. Hier nur ein Beispiel von vielen. In der Wochenbeilage zur „Deutschen Tageszeitung“ schrieb vor zehn Jahren ein Offizier:

„Schwer drückt nun der von allen gelegente dreißigjährige Friede auf dem deutschen Geiste, jener mächtigen Organisation, die im Laufe der Jahre ins Riesenhafte gewachsen, trotz sorgsamster Pflege und Ausbildung an dem Uebel krank, daß alle ihre Übungen und Ausbildungen einem Exempel gleichen, an dem die Probe nicht gemacht werden kann und dessen Richtigkeit deshalb in Zweifel gezogen werden darf. Dreißig Jahre Frieden sind zu allen Zeiten ein Verhängnis, häufig ein Caput für ein großes Heer geworden.“

Jetzt haben wir schon vierzig Jahre Frieden, ergo ist das „Verhängnis“ für unser Heer noch schlimmer, als vor zehn Jahren.

Speziell nur im Interesse des Heeres, d. h. des Berufssoldatentums, damit es seinen kriegerischen Beruf erfüllen kann, wird hier der Krieg herbeigewünscht, womit man die so oft aufgestellte absurde Behauptung vergleichen möge, daß das Heer und seine stetige Verstärkung der „Erhaltung des Friedens“ diene.

Auch die Schule hat man in den Dienst der Kriegspädagogik gestellt. Was da an Verherrlichung des blutverfüßenden Schenkels Krieg, besonders in den ersten Zeiten nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71, sowie an Auffachelung des Nationaldünkels und an „patriotischer“ Verhegung geleistet worden ist, muß geradezu als ein Verbrechen gegen Vernunft und Humanität qualifiziert werden.

Noch eine andere Tendenz liegt in der Kriegspädagogik, eine sogenannte ordnungspolitische. Die fanatischen Feinde der großen Kulturbewegung der Arbeiterklasse den Krieg gegen den „inneren Feind“, den Bürgerkrieg, provozieren möchten, um diese Bewegung im Blute des Proletariats zu

erlösen — so möchten sie zu demselben Zwecke den Völkerkrieg entzünden als eine Art internationalen Strafgerichts über die „Umsturzpartei“. Eine „Blut- und Eisenkur“ möchten sie anwenden gegen den internationalen Sozialismus. Aber wenn ihnen der Versuch gelänge, sie würden ganz gewiß va banque spielen und nicht die Gewinner sein!

Davon dürfen wir überzeugt sein, daß schließlich doch die Kultur- und Humanitätspädagogik siegen wird über die Kriegspädagogik.

Männer und Frauen der arbeitenden Klassen, verlaßt in den nächsten Tagen bei den von der Sozialdemokratie veranstalteten Friedensdemonstrationen die Bürgerschaft für diesen Sieg!

Politische Rundschau.

Rüstingen, 16. August.

Zum Marokkoinfekt.

Herr v. Aiderlen-Wächter und Herr Cambon hatten bereits am Montag wieder eine Besprechung. Darni dampfte von Aiderlen-Wächter nach Wilhelmshöhe zum Vortrag beim Kaiser. — In Paris verlautet, die französische Regierung werde eine offizielle Mitteilung über den Stand der Marokkoverhandlungen machen. Der „Reit Parisien“ kam demgegenüber jedoch mitteilen, daß nach seinen Informationen die Behauptung unrichtig ist, die deutsch-französischen Konferenzen seien dem Abchlusse nahe und nur noch einige Einzelheiten wären zu regeln. In Wirklichkeit haben die seit drei Monaten geführten Verhandlungen keine großen Fortschritte gemacht.

Deutsche Blätter berichten, daß auf dem bevorstehenden Kaiser-Diner in Wilhelmshöhe das Resultat der Verhandlungen den in Sehnsucht harrenden Untertanen kundgetan werden wird.

Gegen das kürzlich erfolgte Sabetrasfen des englischen Ministers Lloyd-George ziehen jetzt bedeutende englische Blätter zu Felde.

Ein „erster Zwischenfall“ soll zwischen der deutschen und der französischen Regierung jetzt beilegt worden sein. Berühmlich ist auf französischem Boden ein für den Kreuzer „Berlin“ bestimmter Postbeutel geöffnet worden. Die Sache hat das Reichspostamt in der Hand.

Wuchergölle als Wahlparole.

Mit Recht weisen die „Berliner Politische Nachrichten“ darauf hin, daß im bevorstehenden Wahlkampf die Handels- und Wirtschaftspolitik eine große Rolle spielen wird. Das Blatt behauptet nun, daß die Gegner der Schutzollpolitik die Meinung verbreiten, als habe gegenwärtig die Frage des Schutzolles oder Freihandels keine wesentliche Bedeutung. Demgegenüber wird betont:

„Das gerade Gegenteil ist der Fall. Ja, es darf sogar behauptet werden, daß die Handels- und Wirtschaftspolitik bei den nächsten Reichstagswahlen eine Hauptrolle spielen wird, und zwar um so mehr, als die Freihändler, die eingesehen haben, daß sie mit ihrer Forderung nicht vorwärts kommen, nunmehr die Taktik eingeschlagen haben, im Prinzip nicht gegen den Schutzoll aufzutreten, in der Tat aber auf seinen Abbau hinzuwirken. Mit anderen Worten heißt das, daß der Freihändler nicht die völlige, aber die allmähliche Aufhebung des Schutzolles zu erreichen verucht.“

Die „Berliner Politischen Nachrichten“, die auf Seite der Schwer-Industrie stehen, halten es unter diesen Umständen für notwendig, daß vor den Reichstagswahlen völlige Klarheit über diese Gemeinschaft verbreitet wird, und daß alle diejenigen, die den Schutz der nationalen Arbeit auf der Grundlage des Zolltarifs von 1902 und der bestehenden Handelsverträge aufrecht erhalten wissen wollen, gegen diese Koalition Front machen. . . . Bei den Reichstagswahlen muß von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die den besten Beweis für die Richtigkeit der bisherigen Handels- und Wirtschaftspolitik in dem Aufblühen des Wohlstandes des Deutschen Reiches sieht, diesen Bestrebungen die richtige Absicherung erteilt werden.

Die Scharfmacher im trauten Bunde mit den Junkern richten sich also darauf ein, va banque zu spielen. Mit dem Stichwort: Schutz der nationalen Arbeit — in diesem Zusammenhang eine ungeheure Lüge — geben sie die Wählermassen für sich in Bewegung setzen zu können. Der mit dem Wuchergölle von 1902 inaugurierte „Schutz der nationalen Arbeit“ hat den Schlotbaronen und den Krautjunkern enorme Vorteile gebracht, die Lage der großen Masse des Volkes, nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Beamten und des so viel umschwärmten Mittelstandes, ist erheblich schwieriger geworden. Diese Art des Schutzes der nationalen Arbeit hat aber auch keineswegs der Industrie

In ihrer Gesamtheit genügt, denn die verarbeitende Industrie hat einerseits unter den gestiegenen Preisen für Rohmaterialien, andererseits unter den erheblich verschlechterten Handelsverträgen schwer zu leiden gehabt. Die Berichte vieler Handelskammern sprechen in dieser Hinsicht eine nicht missverständliche Sprache. Logischerweise kann demnach nicht einmal die deutsche Industrie in ihrer Gesamtheit auf den Boden dieses „Schutzes der nationalen Arbeit“ treten. Die Arbeiterfrage ganz besonders aber muß und wird dem unerbittlichen Schwindel, der hier wieder einmal aufgedeckt werden soll, mit aller Energie entgegenzutreten, denn sie ist es, auf deren Kosten die Vertreter des Protektionismus sich noch mehr bereichern wollen.

Das Programm des „neuen Hansabundes“.

Der „neue Hansabund“ hat sich unter dem Namen: „Niederheimlich-weltliche Bezirksgruppe für Gewerbe, Handel und Industrie“ am Montag in Eisen konstituiert. Der Sachwalter der Scharfmaier, Syndikus Hirsch, hielt die Programmrede, die in der Hauptsache aus einer wüsten Hege gegen die Sozialdemokratie bestand. „Wenn man die Sozialdemokratie mit Erfolg bekämpfen will, so wird man fester zusammen müssen“, meinte Herr Hirsch, und die Versammlung spendete ihm dafür lebhaften Beifall. Die Ziele des neuen Bundes mit dem langen Namen fasste der Redner dahin zusammen:

Wir wollen uns wenden gegen alle Angriffe und Schädigungen, welche Gewerbe, Handel und Industrie bedrohen. Wir wollen vor allem dahin wirken, daß festgehalten wird an der Politik des Schutzes der nationalen Arbeit in allen Erwerbszweigen, an der Bismarckschen Wirtschaftspolitik, die sich für unsere Gewerbetätigkeit mit allen ihren Angehörigen als leistungsfähig erwiesen, die uns die Durchführung großer nationaler und kultureller Aufgaben ermöglicht, die unsere Gewerbetätigkeit in den Stand gesetzt hat, die sozialen und öffentlichen Lasten aller Art, die ihr in so außerordentlichem Umfange auferlegt sind, zu tragen. Wir wollen keinerlei Abbröckelung an dem Schutz unserer heimischen Arbeit, weder im System noch im einzelnen.

Wir wollen eine nachdrückliche Bekämpfung der staats- und gesellschaftsfeindlichen Sozialdemokratie, dieser schlimmsten Feindin unserer Gewerbetätigkeit wie unseres Bürgerturns überhaupt.“

Dem engeren Geschäftsführenden Ausschuss gehören an die Herren: E. Rindorf, Geh. Kommerzienrat (Vorländer); Carl Jante, Geh. Kommerzienrat (stellvertr. Vorländer); Dr. A. Sugenberg, Geh. Finanzrat (stellvertr. Vorländer); Jötten, Industriebankier (Schäffmeister); Hirsch, Handelskammer-Syndikus (Schriftführer) und die Herren Otto May, Profurist, A. Wasmann, Kommerzienrat, Hugo Stimmes, Bergwerks- und Medizinalbesitzer, Ludwig Wölter, Sattlermeister, als Beisitzer.

Abgesehen von dem biederen Sattlermeister, der veramtlich selbst nicht weiß, wie er in diese Korona gekommen ist, bedeutet jeder einzelne dieser Namen ein Programm der verhassten Reaktion. Die Arbeiterfrage ist sich darüber klar, wessen sie sich von diesen Leuten zu gewärtigen hat.

Deutsches Reich.

Berlin, 16. August. Im Extraordinarium des preussischen Eisenbahnerats für das Jahr 1911 sind für die Vermehrung und Verbesserung der Vorrichtungen zur Verhütung von Waldbränden erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Die Ausführungsbestimmungen zum preussischen Feuerbestattungsgezet. Von den zuständigen Ressorts sind die Ausführungsbestimmungen zum Feuerbestattungsgezet inzwischen ausgearbeitet worden. Diefelben werden den Regierungspräsidenten zugehen, sobald das Gezet die Genehmigung des Königs erhalten hat und amtlich publiziert wird. Durch die Ausführungsbestimmungen wird in erster Linie der Verbleib der Urnen geregelt werden. Durch das Gezet selbst ist hierüber keine Bestimmung getroffen. Die Ausführungsbestimmungen werden die Befestigung der Urnenreise auch außerhalb von Urnenhallen zulassen, sofern die Behörde dazu die Genehmigung erteilt. Es wird also beispielsweise gestattet werden können, daß die Befestigung in einer Anlage stattfindet, die sich in einem Privatpark befindet. Außerdem dürfte vorgeschrieben werden, daß eine Vermischung von Urnenreisen in einer Urne nicht zulässig ist. Aus der Bezeichnung der Urne muß unabweislich hervorgehen, um welche Person es sich handelt. Am Landtag wurden auch die Bestimmungen über die Genehmigung zum Transport einer Leiche aus den preussischen Grenzen zum Zwecke der Feuerbestattung nicht als ausreichend erachtet. Die Ausführungsbestimmungen werden daher über den Transport von Leichen nach anderen Bundesstaaten weitere Vorschriften enthalten.

Das Eisenbahnenzentralamt treibt ungewollte Agitation. Es hat eine „Warnung vor ordnungsfeindlichen Flugblättern und Agitationschriften“ an die Beamten, Hilfsbeamten und Arbeiter der Eisenbahnverwaltung gerichtet. „Es werden neuerdings“, so heißt es darin, „lebhafte Anstrengungen gemacht, um die Beamten und Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung für die sozialdemokratischen Bestrebungen zu gewinnen. Zu diesem Zwecke werden insbesondere Flugblätter und periodische Agitationschriften verbreitet. Vor derartigen Drucksachen, die das Ziel haben, Unzufriedenheit unter den Bediensteten zu erregen und das gute Verhältnis zwischen der Verwaltung und dem Personal zu stören, wird nachdrücklich gewarnt.“ Werden Flugblätter und andere ordnungsfeindliche Agitationschriften zur Dienst- oder Arbeitsstelle mitgebracht oder weitergegeben, so werde dies als Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen angesehen. Diefelbe jede andere Beihilfe in dieser Richtung werde die Einleitung des Disziplinarverfahrens auf Dienstentlassung oder die Kündigung des Dienstverhältnisses zur Folge haben.

Die Arbeiter und Beamten werden selbstverständlich

äußerste Vorsicht walten lassen; aber sie werden die Warnung als eine Schmach für freie Arbeiter empfinden und daher wissen, was sie außerhalb des Dienstes zu tun haben.

Konservativer Krämmerfang. In Dresden tagte Montag und Dienstag der Deutsche Zentralverband für Handel und Gewerbe. Seine angeblich dem Wohl des Mittelstandes gewidmeten Verhandlungen verhielte die Anwesenheit eines Vertreters der konservativen Partei, die den Mittelstand bei den preussischen Landtagswahlen enttredet und seine Lage durch Wuchergölle und indirekte Steuern „verbessert“. Auf den Breslauer konservativen Abgeordneten Stroffer war die Delegation der Junkerpartei gefallen. Man erwies sich dieser hohen Ehre würdig, durch eine geradezu widerwärtig wüste Hege gegen die Arbeiter, Beamten- und Offizierskonsumvereine, wie auch Herr Stroffer der unmüglichen Feindschaft der Konservativen versicherte. Besonders verdrossen hat es die Krämmer, daß der große Hamburger Konsumverein „Produktion“ sich dem von dortigen Geldschachparlament ausgehenden Steuerausnahmegesetz durch Umbildung in eine G. m. b. H. entzogen hat. Jetzt fordert man eine progressive Umsatzsteuer für alle Kaufsäben ohne jede Ausnahme. Ob sich die getretenen Mittelständler nicht dafür bedanken werden? Für die Beamten aber dürfte die Flut von Beleidigungen, die sich auf der Dresdener Tagung gegen sie ergoß, recht lehrreich sein.

Militärische Störung des Gottesdienstes — straflos. In konservativen Blättern wird mitgeteilt, daß die bekannte Störung des Gottesdienstes in der Charlottenburger Luisekirche durch Offiziere nunmehr erledigt sei. Die mit der Untersuchung des Falles beauftragte militärische Behörde hat herausgefunden, daß der Pastor Kraatz teilweise die Lehren des Pastors Jaitso sich angeeignet und damit den Glauben an einen persönlichen Gott untergraben hat. Darin aber war ein Angriff auf den Fahneneid zu erblicken, der in dem Glauben an den persönlichen Gott wurzelt. Deshalb waren die Offiziere im Recht, und es liegt kein Anlaß zu einem Einschreiten vor. — Eigentlich müßte jetzt der Pfarrer wegen Untergrabung des Fahneneides vor Gericht gestellt werden! Die ganze Angelegenheit hat gewiß dazu beigetragen, daß der Glaube an die Gleichheit vor dem Gezet in den weitesten Kreisen wieder tiefe Wurzeln geschlagen hat!

Ein gestörter Franzose. Dem ehemaligen nationalpolitischen Deputierten und pensionierten Oberstleutnant Roussel, derzeit Redakteur in Paris, wurde von der deutschen Behörde unterstellt, die Reichslande zu betreten, um der Einladung der Mezer Gesellschaft Souenter Vorrat Folge zu leisten und auf den Schicksalsfeldern um Weg Vorträge zu halten. Roussel ist ein nationalstiller Schiffschleifer. Wegen des scharfen Tones seiner Artikel ist schon im vorigen Jahre sein Ansuchen, den großen deutschen Mandern als Berichterstatter zu wohnen zu dürfen, abgelehnt worden.

Belgien.

Neber Wahl Demonstrationen wird aus Brüssel vom 15. d. Mts. gemeldet: Die angeführte liberale und sozialdemokratische Kundgebung zu gunsten des allgemeinen gleichen Wahlrechts und des obligatorischen Schulunterrichts führte etwa 100000 Personen nach Brüssel. Die Truppen der Garnison sind konfigniert. Etwa 2000 Gendarmen sind aus dem Lande zusammengezogen.

Der Demonstrationzug der Liberalen und Sozialisten dauerte vier Stunden. Im Part St. Gilles hielten 28 liberale und sozialistische Abgeordnete Ansprachen auf französisch und flämisch. Die Teilnehmer der Füge schwuren, nicht zu rufen, bis das allgemeine und gleiche Wahlrecht und der obligatorische Schulunterricht bewilligt seien.

England.

Die Unruhen in Liverpool dauern noch fort. Es liegen folgende Nachrichten vor: General Macdonon ist mit 5000 Mann von verschiedenen Regimentern der örtlichen Grafschaften in Liverpool angekommen.

Die Ausständigen in Liverpool sind durch die Fenster in die Geschäftsräume der Shipping Federation in der Stanbild Street eingedrungen und haben an verschiedenen Stellen des Gebäudes Feuer angelegt. Als die Feuerwehr am Brandort ankam, fand sie die Wassererschläuche durchschnitten vor. Auf Befehl des Gemeinderats von Liverpool wurden vorgestern abend um 9 Uhr sämtliche Bars und Restaurationen geschlossen.

Die Unruhen in der Nacht zum Dienstag wurden ausschließlich von den unsauberen Elementen eines der schlimmsten Quartiere hervorgerufen und hatten ihren Ausgangspunkt in der Verhaftung eines Mannes, Ganbo, der wegen Beleidigung einer Frau festgenommen worden war und den seine Freunde befreien wollten, worauf dann die Menge Privathäuser zu plündern und zu zerstören suchte. Als Militär requiriert worden war und dieses mit aufgefplanztem Bajonnet vorging, und Schreckschläuche abgab, wurde gegen 2 Uhr nachts die Ordnung wiederhergestellt. Zwei Soldaten wurden schwer verletzt; viele Schutzleute und Ruheföhner wurden leichter verletzt.

Das Ausstandskomitee hat den Generalfreik für sämtliche Transportarbeiter, einschließlic der Eisenbahnangestellten, verkländert.

Die Behörden von Birkenhead haben um die Entsendung von Truppen gebeten. In London hat eine Zusammenkunft der Leiter der großen Eisenbahngesellschaften stattgefunden. In der Versammlung herrschte die einmütige Auffassung, allen Forderungen der Eisenbahner, die darauf abzielen, den Vertrag, unter dem die Leute jetzt arbeiten, aufzuheben, Widerstand zu leisten. Die Gesellschaften sind diesen Vertrag eingegangen auf Eruchen des Handelsamtes, und es herrschte die Meinung, daß das Amt nötigenfalls strenge Maßnahmen ergreifen sollte, die Arbeiter zu zwingen, ihren Vertragsverpflichtungen nachzukommen.

Portugal.

Die Nationalversammlung hat einen Kommissionsantrag angenommen, der sich für die Wählbarkeit der

jetigen Minister für die Präsidentschaft der Republik ausspricht.

Amerika.

Ein Schiedsgerichtsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich ist dem Abschluß nahe. Die Schwierigkeiten, die sich dem Plane, mit mehreren Staaten solche Verträge abzuschließen, entgegenstellten, sollen überwunden sein; doch ist der Präsident Taft mit dem Senat darüber in Uneinigkeit geraten. Folgende Meldung aus Washington läßt darauf schließen: Präsident Taft entschloß sich, die Ratifikation der Schiedsgerichtsverträge gegenwärtig nicht in einer außerordentlichen Tagung zu betreiben, da er einlaß, der Verlich, den Senat jetzt verhandeln zu lassen, könnte eine lange Debatte und schließlich eine Annahme der Verträge in geänderter Form herbeiföhren. Der Präsident ist der Ansicht, daß zahlreiche Senatoren an seiner Rede in Mountain Lake Anstoß nehmen, in welcher er das Land auffordert, den moralischen Einfluß dazu zu verwenden, den Senat zur Ratifizierung der Verträge zu veranlassen. Um nicht auch andere zu entfremden, hat Taft, wie gemeldet wird, sich entschlossen, den Kampf um die Schiedsgerichtsverträge nicht aufzunehmen.

Japan.

Eine „Genossenschaft für Spionage“ in Japan. Wir lesen in der „Pres. Jig.“ Die „Agence d'Extreme-Orient“ in Brüssel veröffentlicht im Wortlaut ein japanisches Geheimdokument, das die Gründung einer japanischen Genossenschaft für Spionage enthüllt. In der Einleitung befragt das Dokument u. a., daß mit der Annexion Formosas und Koreas die nationale Entwicklung Japans ihren Höhepunkt noch nicht erreicht habe. Japan müsse danach trachten, seinen Einfluß über den gesamten asiatischen Kontinent auszubreiten. China, Indien, Siam, Indochina, Birma böten ein weites Feld der Tätigkeit. Es heißt dann weiter: In allen wichtigen Städten dieser Länder sollen daher Bureaus der Genossenschaft errichtet werden. Das Hauptbureau wird in Peking eingerichtet und zwar vorerst in der japanischen Gesandtschaft. Zweigniederlassungen werden errichtet in der Mandchurei und der inneren und äußeren Mongolei, in Tibet, Sektswan, Jünan, Kwantung, Birma, Indochina, Siam und Indien. Die für die innere Mongolei bestimmte Niederlassung der Genossenschaft ist dem geheimen Dienst des Kriegsministeriums unterstellt. Dem Namen nach soll die Genossenschaft sich mit der Einleitung von Handelsbeziehungen und dem Studium der Gebräuche und Traditionen der Völker befassen, in Wirklichkeit aber soll sie den Generalstab unterziehen und diesen mit Informationen über militärische, diplomatische, politische und strategische Einzelheiten in den betreffenden Ländern versehen. Das Ministerium hebt infolge der Gründung der Genossenschaft die hierdurch überflüssig gewordenen sogenannten Touristenagenten, die bisher als Spione dienten, auf. Die Offiziere des aktiven Dienstes und der Reserve, Inspektoren und Personen, die bereits in der Fremde sich aufgehalten haben und die Länder und Sprachen kennen, werden als am geeignetsten für die Dienste der neuen Genossenschaft angesehen. Die Militärspersonen, die in die Genossenschaft eingereiht werden, legen ihre Uniform ab und lassen sich an den Stellen, wohin sie gewiesen worden sind, als Geschäftsleute nieder. Die Genossenschaft verfügt einseitig über einen Betrag von einer Million Yen.

Das von der „Agence d'Extreme-Orient“ wiedergegebene Dokument wurde jedem japanischen Konsul in China, Indochina, Siam, Birma und Indien zugeandt. Die „Agence d'Extreme-Orient“ erklärt, daß sie für die Echtheit des Dokumentes durchaus einstehe.

Keine politische Nachrichten. Den nächsten Reichstag soll auch eine Vorlage beschäftigen, durch welche die Gebühren der Rechtsanwälte erhöht werden sollen. — Die Bahnsteige auf den preussischen Bahnen sollen allgemein erhöht werden, um ein bequemerer Ein- und Aussteigen aus den Wagen zu ermöglichen. — In Breslau ist der Chemiker und Universitätsprofessor Ludenberg gestorben. — Der französische Marineminister Delcassé ist in St. Les Freres in Süd-Frankreich ebenfalls erkrankt. Er leidet an einem Geschwür in der Mundhöhle. — Im Wingerprozess von Douai fällen die Geschworenen das Urteil über etwa 30 Winger, die wegen der Unruhen im Marnegebiet angeklagt waren. Sechs Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen in der Dauer von einem Monat bis zu vier Jahren verurteilt. Die übrigen wurden freigesprochen. — In London hat eine Zusammenkunft französischer und englischer Gewerkschaften stattgefunden, wobei gegen den Krieg demonstriert wurde. — Die Wahl eines Präsidents in der Republik Portugal soll am 19. August stattfinden. — Das englische Unterhaus hat ein Gezet über die internationale Vereinbarung betreffend das Rettungswesen bei Zusammenstößen von Segelschiffen angenommen. — Als Präsident der Republik Haiti ist der General Belpom gewählt worden.

Zur oldenburgischen Landtagswahl.

Der Kuhhandel zwischen den Agrariern und dem grundloslosen Schmod liberaler Richtums- und Interessenpolitiker im Süden des Fürstentums Lübeck ist perfekt geworden. Die neulich gemeldete Versammlung in Schwartlau hat stattgefunden — etwa 90 Personen waren daran beteiligt — und hat als Kandidaten aufgestellt den Agrarier Franke und den Lehrer Boff. Der Ergeztigte hat gesagt. Sein Konkurrent, Lehrer Waage, der, wie er selbst sagte, weiter rechts steht als Boff, und der in Oldenburg während der letzten Landtagstagung den Kuhhandel für die bevorstehende Wahl schon begonnen hat, ist dabei unterlegen. In der Versammlung sind sich beide arg in die Saare geraten. Bei Herrn Boff muß sich schon ein maßloser Ehrgeiz entwickelt haben, sonst würde er sich nicht zu der Ansuchen heruntergemauert haben, er müsse mit den Agrariern und sonstigen Reaktionen zusammen verhindern, daß zwei Sozialdemokraten gewählt werden. Wie Sohn klingt es, wenn er in der Versammlung sagte, er siehe in bezug auf die Schule und das Wahlgezet auf dem liberalen Programm, in allen anderen Punkten gebe er mit dem grundloslosen Schmod oder mit den Agrariern. Die Schul- und Wahlrechtsfragen sind vorläufig erledigt und gibt es also zwischen Boff und Müller-Kuhhorn nichts mehr trennendes.

Achtung!

Empfehlen verschiedene Sorten Käse zum billigsten Tagespreis. Bei ganzen Käsen das Pfd. 10 g billiger.

Billigste Bezugsquelle für Hotels und Speise-Wirtschaften.

Haben augenblicklich einen Posten beschädigten Käse billig abzugeben.

Dampfmolkerei und Käsefabrik Kopperhorn.

Berl. Bismarckstr. 28.
Telephon 754.

Neuen delikaten

Magdebg. Sauerkohl

empfiehlt

Joys. Arndt, Rüstingen

Werktstraße 14 — Telephon 483
sowie Mariensiel.

Konsum- u. Sparverein

für Bant und Umgegend

E. G. m. b. H.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern unsere

Sparkasse

zur fleissigen Benutzung.

Einlagen werden mit 4 Proz. verzinst. Täglich geöffnet vorm. von 10¹/₂ bis 12¹/₂ Uhr, nachm. von 3¹/₂ bis 5 Uhr.

: Zahnatelier :

A. Kruckenberg

Marktstrasse 27, 1. Etage.

Sprechstunden:

Wochentags v. 2—7 Uhr nachm.
Sonntags . . v. 2—4 Uhr nachm.

Zurückgekehrt.

Dr. Brehme

Königstrasse 37

— neben der Ratsapotheke. —

Im Familienbad verloren

ein **Trauring**, geg. F. Sch. 20. 8. 10. Abzugeben gegen Belohnung beim **Badler Schäfer**, Grenzstr. 62.

Sämtl. Ofenarbeiten

einschließlich Reparaturen, Einmauern v. Waschkesseln
Reinigen von Ofen von 50 Pfg. an.

A. Potrafz, Rüstingen,
Grenzstrasse 23.

Neue grüne Erbsen

1 Pfund 18 Pfg.

J. H. Cassens,
Rüst., Peterstr. 42, und Schaar.

Kaufe gebrauchte

Möbelstücke

zu hohen Preisen.

W. Janssen, Bant
Peterstraße 4. Telephon 697.

Hobelbank
nebt Geschirre zu verkaufen.
Peterstraße 13, 1. Etage.

Sozialdem. Wahlverein Rüstingen-Wilhelmshaven.

Freitag den 18. August, abends 8¹/₂ Uhr
in Sadelwassers Zivoli:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

Der Parteitag in Jena. — Wahl einer Hilfskraft für das Büro.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Oeffentl. Landtagswähler-Versammlungen.

In **Vockhorn** am Sonnabend den 19. August, abends 8¹/₂ Uhr,
im Lokale des Herrn Hübeler;

in **Büppel** am Sonntag den 20. August, abends 7 Uhr, im
Lokale des Herrn Zegger;

in **Afede** am Sonnabend den 26. August, abends 8¹/₂ Uhr, im
Lokale des Herrn Willen;

in **Grabstede** am Sonntag den 27. August, nachmittags 4 Uhr,
im Saal des Herrn Meyer, Grabstedt.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Landtagswahl und die Sozialdemokratie. ::
Referent: Redakteur Carl Mehe aus Varel.
Freie Ansprache.

Quartett-Verein Vorwärts Varel.

Einladung zu dem am Sonntag den 20. August
im Hotel Schüttung stattfindenden

Sommer-Fest

verbunden mit Gesangsvorträgen, unter gefälliger
Mitwirkung der Gesangsvereine „Frohstimm“ mit Frauenchor aus
Rüstingen und „Freiheit“ aus Sande.

Nach Antritt der Vereine Ausflug nach der deutschen Eide.

Beginn der Festlichkeit im Vereinslokal um 4 Uhr.
Entree für Herren 20 Pfg., für Damen 10 Pfg., mitwirkende Vereine
sind frei, Tanzband 1.50 Mk., für Sänger 50 Pfg.
Um regen Besuch bittet **Das festkomitee.**

Der Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter

und verwandte Berufsgenossen, Zahlstelle Seidmühle
feiert am Sonntag den 20. August sein

8. Stiftungs-Fest

verbunden mit Volksfest

wozu die Gewerkschaften hierdurch freundlichst eingeladen sind.
G. Schütt. Das Komitee.

:: Klischees ::

bitten wir, nach Ablauf des be-
treff. Insertionsauftrages baldigst
wieder abfordern zu wollen. ::

Expedition des Nordd. Volksblattes.

Achtung! Achtung! Achtung!

Restaurant zur Volksbörse, Bremerhaven.

Zum Bremerhavener Freimarkt

empfehle mein Restaurant nebst Klubzimmer meinen Freunden
und Genossen. Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
Tag und Nacht geöffnet. — Achtungsvoll

Hermann Saländer, Bremerhaven,
Grabenstraße 30.

Trauerbriefe etc. fertigt an Paul Hug & Co.

Variété Adler

Cyrcetten-Gastspiel.
Direktion Gustav Michels.

Heute Mittwoch:
Der Zigeunerbaron

Donnerstag, 17. Aug.:
Der Rastelbinder.

Freitag, 18. August:
Benefit für Mariel Kaiser.
Die lustige Witwe

Operette von Franz Lehár.

Am 27. August:
Letztes Gastspiel im Variété Adler.

Vom 29. August bis
17. September:
Gastspiel in der Burg Hohenzollern.

Zum grünen Wald

Upjever.

Vom Sonntag den 6. August bis
Montag den 21. August:

Grosses Preisegeln

auf neugelegter Bahn. ::
Zur Beteiligung gelangen:

1. Preis 125 Mk.
2. Preis 100 Mk.
u. m. u. m.

Alles Nähere in den Bedingungen.
Freunde des Regelsports ladet höf. ein
Alb. Eden.

Volks-theater

Kaiserkrone.

Ab Freitag, 18. August:

Kunst und Natur

oder: Das Lorle aus
dem Schwarzwald.

Gemüthvolles Schauspiel in sechs
Aufzügen v. Ch. Birch-Pfeiffer.

Anfang 8.30 Uhr. Entree 30 g.
Um regen Besuch bitten

Alb. Ihle. G. Rudolph.

**Großherzogl. Baugewerk-
und Maschinenbauschule**

Varel i. O.

Programm u. Auskunft kostenlos.

50 Mk. Belohnung

zahle ich demjenigen, der mir
den Dieb namhaft macht, der
mir in der Nacht von Montag
auf Dienstag einen Vollen
Vettersden gestohlen hat.

**Enno Hübeler
Schortens.**

Halte mein Lokal

Waldschenke Schoost

für Ausflügler bestens empfohlen.
J. Wagner.

Graue Erbsen 1 Pfund
10 Pfg.

J. H. Cassens
Rüstingen, Peterstraße 42.

Kartellkommission.

(Rüstingen-Wilhelmshaven).
Die am Donnerstag den 17. Aug.
fällige Sitzung findet nicht statt.
Der Vorstand.

Sozialdem. Wahlverein

(Rüstingen-Wilhelmshaven).
Donnerstag den 17. Aug., abends
8¹/₂ Uhr: **Vorstandssitzung** mit der
Anstellungscommission.

Deutscher

Bauarbeiter-Verband.

(Zweigverein Wilhelmshaven).
Donnerstag den 17. August
abends 8¹/₂ Uhr:

Delegierten-Sitzung

bei **W. Gohlschlag**, Grenzstr.
Es ist Pflicht der Kollegen, dafür
zu sorgen, daß jeder Bau resp. jede
Arbeitsstelle vertreten ist.
Der Vorstand.

Gesangsverein Frohstimm.

Die Gesangsstunde des **Franchen-**
chors findet am **Wittwoch** den
16. August, diejenige des **Männer-**
chors am **Donnerstag** den
17. August statt.

Wegen plötzlichen Dirigenten-

wechsels werden die attinen
Mitglieder ersucht, sämtlich in
den Gesangsstunden zu erscheinen.
Der Vorstand.

Neuer Bürgerverein

Neuende.

Sonabend d. 19. d. M.
abends 8¹/₂ Uhr:

Außerordentliche

General-Versammlung

im Lokale des Herrn Heinzen
Erbethsbürger Hof.

— Tagesordnung: —

1. Erhebung der Beiträge und Auf-

nahme neuer Mitglieder.

2. Abrechnung vom Sommerfest.

3. Statutenänderung.

4. Wahl eines ersten Vorsitzenden.

5. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Beerdigungs-Vereinigung

der Arbeiter der

Maschinenbau-Werkstatt.

Sonabend den 19. d. M.
abends 8 Uhr:

Außerordentliche

General-Versammlung

— und —
Erhebung der Beiträge

im Lokale des Hrn. Rath, Grenzstr.
Der Vorstand.

Soziald. Volksverein

für die Stadt Varel.

Sonabend den 19. August
abends 8¹/₂ Uhr:
Versammlung

im Hof von Oldenburg.
Wichtige Tagesordnung (u. a. Er-
richterstatung von Landespartei tags)
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Volksküche in Rüstingen

Wettmühlstraße.
Donnerstag: Bunte Bohnen mit Speis.
Beerdigungs-Anzeige.
Die Beerdigung meiner lieben
Frau findet am **Donnerstag**
nachmittags **3.15 Uhr** statt, nicht
wie gestern angegeben, um
3.45 Uhr. W. Sudholz.

Norddeutsches Volksblatt

Der Aufmarsch der Sozialdemokratie zu den oldenburgischen Landtagswahlen 1911.

Aus dem Parteisekretariat geht uns folgende Kandidatenliste der Partei zu:

Wahlkreis	Name und Vorname	Beruf	Wohnort
Stadtgemeinde Oldenburg	Heilmann, Carl Mein, Jacob Rantz	Rechtsanw. Schneidmester Brauere	Oldenburg
Kant Oldenburg-Süd (Oldenburg-Warzburg)	Reed, Paul Konge	Bauherr Malermeister	Oldenburg
Kant Oldenburg-Nord (Osterburg-Warzburg)	Heilmann, Carl Schulz, Adolf Giersfelden, Heinrich Röder, Friedrich Mehe, Carl	Rechtsanw. Maurermeister Parteileiter Fremder Schreiner Rechtsanw.	Oldenburg Domschnee Nörtingen Nörtingen Nörtingen
Gemeinden Zwischen-Ämter Gemeinden Ämter-Ämter Stadt und Amt Nord	Reinhold, Oswald Heilmann, Carl Reinhold, Paul Fug, Paul Röder, Julius Schulz, Adolf	Rechtsanw. Maler Bauherr Bauherr Gew.-Beamt. Parteileiter	Oldenburg Nörtingen Nörtingen Nörtingen Nörtingen
Stadt und Amt Jever	Reinhold, Oswald Heilmann, Carl Reinhold, Paul Fug, Paul Röder, Julius Schulz, Adolf	Rechtsanw. Maler Bauherr Bauherr Gew.-Beamt. Parteileiter	Oldenburg Nörtingen Nörtingen Nörtingen Nörtingen
Kant Walsbungen	Reinhold, Oswald Heilmann, Carl Reinhold, Paul Fug, Paul Röder, Julius Schulz, Adolf	Rechtsanw. Maler Bauherr Bauherr Gew.-Beamt. Parteileiter	Oldenburg Nörtingen Nörtingen Nörtingen Nörtingen
Kant Stele	Reinhold, Oswald Heilmann, Carl Reinhold, Paul Fug, Paul Röder, Julius Schulz, Adolf	Rechtsanw. Maler Bauherr Bauherr Gew.-Beamt. Parteileiter	Oldenburg Nörtingen Nörtingen Nörtingen Nörtingen
Kant Elsfeld und die Gemeinde Altfeld	Reinhold, Oswald Heilmann, Carl Reinhold, Paul Fug, Paul Röder, Julius Schulz, Adolf	Rechtsanw. Maler Bauherr Bauherr Gew.-Beamt. Parteileiter	Oldenburg Nörtingen Nörtingen Nörtingen Nörtingen
Stadt Delmenhorst, Nordbezirk Südbezirk	Reinhold, Oswald Heilmann, Carl Reinhold, Paul Fug, Paul Röder, Julius Schulz, Adolf	Rechtsanw. Maler Bauherr Bauherr Gew.-Beamt. Parteileiter	Oldenburg Nörtingen Nörtingen Nörtingen Nörtingen
Kant Wilschhausen	Reinhold, Oswald Heilmann, Carl Reinhold, Paul Fug, Paul Röder, Julius Schulz, Adolf	Rechtsanw. Maler Bauherr Bauherr Gew.-Beamt. Parteileiter	Oldenburg Nörtingen Nörtingen Nörtingen Nörtingen
Kant Breda, Nordbezirk Südbezirk	Reinhold, Oswald Heilmann, Carl Reinhold, Paul Fug, Paul Röder, Julius Schulz, Adolf	Rechtsanw. Maler Bauherr Bauherr Gew.-Beamt. Parteileiter	Oldenburg Nörtingen Nörtingen Nörtingen Nörtingen
Gemeinden Elmhorn und Effen Härsentum Altfeld, Nordbezirk (Eutin-Elsen)	Reinhold, Oswald Heilmann, Carl Reinhold, Paul Fug, Paul Röder, Julius Schulz, Adolf	Rechtsanw. Maler Bauherr Bauherr Gew.-Beamt. Parteileiter	Oldenburg Nörtingen Nörtingen Nörtingen Nörtingen
Härsentum Altfeld, Südbezirk (Weiß-Ratkau-Schwarze-Stadtdorf)	Reinhold, Oswald Heilmann, Carl Reinhold, Paul Fug, Paul Röder, Julius Schulz, Adolf	Rechtsanw. Maler Bauherr Bauherr Gew.-Beamt. Parteileiter	Oldenburg Nörtingen Nörtingen Nörtingen Nörtingen
Bürgermeisterei Nordersteden	Reinhold, Oswald Heilmann, Carl Reinhold, Paul Fug, Paul Röder, Julius Schulz, Adolf	Rechtsanw. Maler Bauherr Bauherr Gew.-Beamt. Parteileiter	Oldenburg Nörtingen Nörtingen Nörtingen Nörtingen
Südliche Bürgermeisterei Odrar und Odrar-Band	Reinhold, Oswald Heilmann, Carl Reinhold, Paul Fug, Paul Röder, Julius Schulz, Adolf	Rechtsanw. Maler Bauherr Bauherr Gew.-Beamt. Parteileiter	Oldenburg Nörtingen Nörtingen Nörtingen Nörtingen
Bürgermeisterei Herstein und Niederbrombach	Reinhold, Oswald Heilmann, Carl Reinhold, Paul Fug, Paul Röder, Julius Schulz, Adolf	Rechtsanw. Maler Bauherr Bauherr Gew.-Beamt. Parteileiter	Oldenburg Nörtingen Nörtingen Nörtingen Nörtingen

Unbesetzt bleiben die Wahlkreise Cloppenburg, Mollbergen und Friesoythe.

Der Kurs der Politik in Oldenburg.

In der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ schreibt der Genosse Hug unter dieser Ueberschrift zu den bevorstehenden Landtagswahlen:

Oldenburg steht, wie man sagt, vor einer neuen politischen Wende. Im Spätsommer oder Herbst (mittlerweile sind die Wahlen auf den 29. September festgesetzt. D. Red.) wird ein neuer Landtag nach einem neuen Wahlrecht gewählt werden, und zwar nach dem allgemeinen, direkten Wahlrecht, das aber durch die Einschmuggelung des doppelten Stimmrechts für alle über 40 Jahre alten Wähler ungleich geworden ist. Wichtig ist es, Betrachtungen darüber anzustellen, wie die Wahl ausfallen wird. Die Entscheidung wird, das ist als gewiss anzunehmen, erst im zweiten Wahlgang fallen. Für die Hauptwahl werden die Ultramontanen mit dem Bund der Landwirte da, wo sie auf einander angewiesen sind, einen Wahlkompromiß schließen; die National-Liberalen werden das in manchen Wahlkreisen ebenfalls tun, obwohl sie förmlich ein selbständiges Vorgehen beschließen haben. In der Regel wird dabei ausschlaggebend sein, wer die meisten Anhänger hat, oder den populäreren Kandidaten zu stellen vermag. Die fortschrittliche Volkspartei hat auch ein selbständiges Vorgehen in Aussicht genommen und sich die Ausgabe der Stichwahlparole bis nach den Hauptwahlen vorbehalten. Die Folge war natürlich, daß die sozialdemokratische Partei die gleiche Stellung einnahm. Es ist also so gekommen, wie ich vor bald einem Jahr an dieser Stelle darlegte. Hoffentlich treibt das heisse Verlangen nach einer Jerrückung der Kultur- und gemeinschaftlichen Mehrheit des letzten Landtags, das noch in den Kreisen der Parteien der Linken lebt, Leitung wie Anhänger der fortschrittlichen Volkspartei doch noch zu einer vernünftigen Stichwahlparole. Der nächste Landtag wird verschiedene Aufgaben zu übernehmen haben, die der vorige so wenig im Sinn der Volkswohlfahrt erfüllt hat, daß die Regierung sich weigerte, die verfallenen Gesetzesvorlagen zu publizieren. Auch hat die Regierung aus der Befürchtung heraus, daß diese oder jene Vorlage nur nach dem einseitigen Interesse des Grundbesitzes gestaltet werden würde, notwendige Gesetzesvorlagen dem Landtag nicht vorgelegt und gewisse Forderungen nicht gestellt.

Es gibt drei Gebiete unseres staatlichen Lebens, auf denen mit der heiligen Mehrheit nichts Erprobliches geschaffen werden kann: 1. die allgemeine Steuererhebung mit dem Gemeindesteuerelement, 2. die Gemeindefinanzierung, 3. das Fortbildungsschulwesen.

Oldenburg hat im Jahre 1906 mit dem bisherigen Grundgesetz in der Steuererhebung geirrt, indem die Realsteuer, die Grund- und Gebäudesteuer, das Rückgrat des Staatseinkommens sein müssen. Die Regierung hat dann mit dem Landtag eine Steuerreform vereinbart, nach der die Einkommensteuer, progressiv gestaltet, die Hauptfinanzquelle geworden ist. Als Ergänzungssteuer kam eine Vermögenssteuer hinzu. Die Grund- und Gebäudesteuer wurde bis auf vier Zwölftel ihres bisherigen Betrags aufgehoben. Diese Steuerreform hat drei große Mängel. Nach ihren Bestimmungen wurden immer noch Einkommen von 400 Mark an besteuert. Die Progression ging bei der Einkommensteuer nur bis 5 Mark vom Hundert und bei der Vermögenssteuer nur bis 1 Mark vom Tausend. Alle Ver-
fugung der sozialdemokratischen Abgeordneten und einiger

weniger Liberalen, die unter Bestenfalls eine hohere hinauszuwachen, waren vergeblich, weil die Regierung einen großen Ausfall an Steuern befürchtete. Das erste Finanzjahr unter der Steuerreform ergab aber einen Plus über den Plan von 600 000 Mark. Anstatt dieses günstigen Ergebnisses zur Befreiung der Besteuerung von Einkommen bis zu 600 oder 700 Mark zu benutzen, wurde zwei Jahre hinter einander ein allgemeiner Steuerzuschlag vom Landtag beschloffen. Die reichen Bauern der agrarisch-ultramontanen Mehrheit schätzten die Gewinne durch die Tariflast nicht bedauerlich, daß die Steuerzahler mit Einkommen bis zu 2000 Mark 92 Prozent des gesamten Einkommensteuereintrags ausmachen und heute noch aufbringen.

Die Regierung hat bei der Beratung der Steuerreform verprochen, daß sie bei der voraussichtlich baldigen Revision der Steuererhebung die geringen Einkommen sowohl durch Aufhebung der unteren Stufen als auch durch Berücksichtigung der Kinderabgabe entlasten wolle. Im Herbst 1910 legte sie eine Novelle zum Einkommensteuergesetz und die Vermögenssteuergesetz vor. In dieser Gesetzesvorlage trug die Regierung die Stellung der Mehrheit des Landtags zur Steuerfrage wie auch der Finanzlage des Landes, die sich mittlerweile wieder verschlechtert hatte, in weitestem Maß Rechnung. Nur ganze 50 Mark mehr wollte sie unsteuerbar lassen; die Besteuerung sollte also nimmermehr bei einem Einkommen von 450 Mark statt wie früher bei 400 Mark beginnen. Daneben war allerdings eine Erhöhung der Abgabe für die Kinder vorgesehen. Aber auch den Grund- und Hausbesitzern sollte wiederum ein Zwölftel der Grund- und Gebäudesteuer, erlassen werden. Um den hierdurch wahrscheinlichen Steueranfall wieder einzubringen, sollte die Vermögenssteuer etwas ertragsfähiger gemacht werden. Mit solchen kleinen Wiffen, wie der Nachlass von einem Zwölftel der Grund- und Gebäudesteuer, gab die Grundbesitzer sich aber nicht zufrieden, zumal er durch eine strammere Vermögenssteuer geschmälert werden sollte. Die Landtagsmehrheit beschloß deshalb den ganzen noch bestehenden Rest der Grund- und Gebäudesteuer aufzuheben, ohne Rücksicht darauf, ob die Vermögenssteuer durch höhere Erträge diese Aufhebung ermöglichte; geschah dies nicht, so sollten eben die Einkommensteuereinzahler, in der Hauptsache Arbeiter, Beamte, Gewerbetreibende und Industrielle, den Ausfall decken. Weiter sah sie den Beschluß, die landwirtschaftlichen Produktionsgesellschaften und Konsumvereine anders, das heißt besser, zu behandeln als die Arbeiter- und Beamtenkonsumvereine. Sie wäre in der Steuerabwälzung noch weiter gegangen, ständen die Wahlen nicht in Aussicht. Noch scheute sich ein Heißsporn von der Rechten nicht den Versuch zu machen die Hinaussetzung der unteren Steuererhebung nur um 50 Mark zu vereiteln. Es folgte ihm indes nur ein Duzend Gleichgültiger, darunter aber die aus acht Mann bestehende ultramontane Fraktion. Ein anderer stellte bei der ersten Lesung der Gesetzesnovelle den Antrag die Veranlagung der Grundstücke zur Vermögenssteuer nicht nach dem gemeinen Wert sondern nach dem Nutzungswert vorzunehmen. Eine solche Forderung war selbst seinen Freunden zu hart; der Antrag erhielt keine Mehrheit. Wie oben erwähnt wurde, lehnte die Regierung die auf solche Weise verhandelte Steuererhebung ab. Nimmermehr wird der neue Landtag die mit der Regierung hierüber zu verhandigen haben. Dies kann aber nur dann nach dem Grundgesetz, daß die kommunalen Schulern entlastet und die starken Belasteten werden, geschehen, wenn eine Mehrheit aus Sozialdemokraten und wirklich liberalen Abgeordneten zustande kommt.

Das selbe gilt für den Fall, daß das Gemeindesteuerelement, das dringend einer Reform bedarf, auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt wird. Bei dieser Frage wird sich ein Kampf hauptsächlich darüber entspinnen, ob die Vermögenssteuer für die Tragung der Gemeindefinanz herangezogen werden soll oder nicht.

Eines der heftigsten Probleme ist die Revision der Gemeindeordnung. Es ist sicher richtig, daß die oldenburgische Gemeindeordnung eine der besten und liberalsten Gemeindeverfassungen im Deutschen Reich ist; aber trotzdem gibt sie dem Reich ein ganz unbedeutendes Uebergewicht in der Gemeindeverwaltung. Dieses wollen auch die Liberalen und die fortschrittliche Volkspartei aufrechterhalten. Das ist der Punkt, bei dem auch die Linken liberalen sehr konservativ sein können. Die Regierung durfte in den zwei letzten Legislaturperioden nicht wagen, Gesetzentwürfe darüber dem Landtag vorzulegen, ohne befürchteten zu müssen, daß sie in geradezu argentinischer Weise den Bestinteressen dienlich gemacht würden. Dabei darf man jedoch die oldenburgische Regierung nicht dem Verdacht aussetzen, daß sie der Sozialdemokratie übergroßes Verhältniß zuteil werden lasse. Es war aber geradezu gefährlich, aus dem Landtag heraus Initiativentwürfe zu stellen, um auf diesen Gebieten reformatorisch zu wirken, denn sofort stellte die Mehrheit Gegenentwürfe, die, angenommen, den bestehenden Zustand nur noch verschlechtert hätten.

Den nächsten Landtag wird auch die Fortbildungsschulfrage beschäftigen. Sie würde sehr wahrscheinlich auch schon in der letzten Sitzung des Landtags zur Verhandlung gelangt sein, wenn die Regierung diesen Landtag seiner Zusammenkunft wegen zur Erledigung eines solchen Gesetzes nicht für völlig ungeeignet gehalten hätte. Die Mehrheit hätte die Fortbildungsschulfrage von derselben Art aus behandelt, der früher der hervorragende konservativ-ultramontane Abgeordnete Meyer-Holte im Landtag mit folgenden Worten Ausdruck gab: „Das größte Unglück für die Landwirtschaft ist ein gebildeter Schweinehirt.“ Von diesem Gesichtspunkt aus haben er und seine Freunde sich auch stets mit der Volksschule befaßt. Diese Segis von Volkstrettern wird auch im neuen Landtag noch vorhanden sein. Sie wird in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Großbauern im Land die allgemeine Pflichtfortbildungsschule für die landwirtschaftliche Bevölkerung verwerfen. Die obligatorische Fortbildungsschule ist aber der Grundpfeiler einer gedeihlichen Fortbildung des Volkswachstums nach seiner Entlastung aus der Volksschule. Um die Religionskunde im Fortbildungsschulunterricht wie es im oldenburgischen Parlament wohl keinen Streit geben; die Ultramontanen, die sie vielleicht verlangen konnten, würden damit sicher ganz allein stehen. Aber um den obligatorischen Besuch der Fortbildungsschule für Arbeiter und Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen auf dem Lande wird ein heftiger Kampf entbrennen.

Es hieße unsere Parteigenossen und alle wirklich fortschrittlich gesinnten Elemente Oldenburgs beschuldigen, sie seien mit Stoddlindigkeit geschnitten, wenn man angiebt, dieser der baldigen Erfüllung harrenden Aufgaben der Gesetzgebung die Befürchtung entspräche, sie wählten nicht, was auf dem Spiel steht, und wenn man noch besonders an sie appellieren möchte durch die Wahl und durch ein vernünftiges Zusammengehen bei den Stichwahlen die Vorbedingungen und die Möglichkeiten für eine demokratische und sozialgerechte Verwirklichung dieser Aufgaben zu schaffen.

Parteinachrichten.

Aus der Jugendbewegung. Gegen die proletarische Jugendbewegung soll nun auch in Oldenburg mit allen Mitteln angeknüpft werden. Vor drei Wochen hatte Genosse Fritz Eichhorn, Mitglied des Jugendauschusses, eine politische Verfügung erhalten, nach der die seit dem 29. November 1908 in Oldenburg bestehende Jugendorganisation „hiermit für aufgelöst“ erklärt wurde, und bündig heißt es dann weiter: „Die freie Jugendorganisation ist ein politischer Verein im Sinne des § 3 Abs. 1 des Vereinsgesetzes, läuft aber in ihren Zwecken dem § 17 dieses Gesetzes zuwider. Der Jugendauschuss hat sich als Vorstand dieses Vereins bedingt.“ Die Oldinger Polizeiverwaltung wandelt mit dieser Verfügung dieselben Wege wie die Kölner Polizei: Sie schuf sich eine freie Jugendorganisation, die natürlich ein politischer Verein sein muß, und gab diesem konstituierten Verein einen Vorstand, damit eine Auflösung erfolgen kann. Wahre diese „Auflösung“ den Betroffenen nicht, dann konnten sie dieselbe ja im Verwaltungsstreitverfahren anfechten. Das wurde allerdings nicht getan, weil in Oldenburg weder eine freie Jugendorganisation, noch ein politischer Verein besteht, dem Personen unter 18 Jahren als Mitglieder angehören, noch Genosse Eichhorn Vorsitzender eines solchen Vereins ist. Die Veranstaltungen für die Arbeiterjugend wurden in der bisherigen Weise weiter gepflegt, bis am Mittwoch, 9. August, zu dem Unterhaltungsabend der Jugend der Polizeikommissar in Begleitung eines Schutzmannes sich einfinden mit dem Auftrag, die Versammlung zu überwachern. Auf das Unrechtmäßige der beschuldigten Überwachung hingewiesen, bestand der Inspektor auf der Anwesenheit der Polizeibeamten. Auch eine wiederholte an sie gerichtete direkte Aufforderung zum Verlassen des Lokals beachteten die Beamten nicht. Die zahlreich anwesenden Jugendlichen stürzte der letzte Versuch nicht im geringsten. Gerade als wären sie unter sich, sangen sie unter der polizeilichen Überwachung ihre Volksheder, hörten sich aufmerksam einen bedehenden Vortrag über Geld und Geldeswert an und lauschten der Negitation von Goethes „Erlkönig“. Am anderen Tage hatte der Leiter des Abends, Genosse Eichhorn, eine gerichtliche

Vernehmung auf Grund einer schon früher erfolgten Anzeige wegen Übertretung des Vereinsgesetzes. Es handelte sich um den von der Polizei bereits aufgelösten „politischen Verein“, genannt Freie Jugendorganisation.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Maler! Die Maler Nüttingens haben über die Malergewerkschaften von D. Meyer und S. Müller die Sperre verhängt.

Malerdifferenzen in Dresden. In Dresden bestehen gegenwärtig wegen der Frage des Arbeitsnachweises zwischen den Meistern und den Gehilfen Differenzen. Es bestand ein paritätischer Arbeitsnachweis, bei dem aber die Gehilfen sehr rückfällig behandelt wurden, sodas von Parität schon nicht mehr die Rede sein konnte. Am 2. August wurde deshalb auf Beschluß einer Versammlung der Maler und Lackierer ein Gehilfenarbeitsnachweis eröffnet. Die Meister suchen in Provinzialblättern Malergehilfen, weil sie im Innungsarbeitsnachweis keine Leute bekommen können, vom Gehilfennachweis aber, bei dem zurzeit gegen 200 Gehilfen eingeschrieben sind, keine Gehilfen haben wollen. Es wird deswegen gebeten, daß Maler, Lackierer und Anstreicher möglichst nicht nach Dresden gehen. Uebrigens floriert dieses Jahr die Bauwirtschaft gar nicht. Unter allen Umständen aber darf ein zurzeitiger Kollege den Innungsarbeitsnachweis nicht benutzen oder Umkleidung halten, er soll sich sofort im Verbandsbureau der Maler, Nützenbergr. 6, II., melden.

In der Berliner Holzindustrie droht ein Streik auszubrechen. Die organisierten Koffer- und Ristennmacher verlangen die Garantie, daß bis zum 1. September ein Tarifvertrag zustande kommt.

Dreißig Kellner legten am Dienstag in Berlin in dem Schultheisrestaurant am Potsdamer Platz während der Zeit des größten Betriebes die Arbeit nieder. Grund: Ungenügender Lohn, die Art der Behandlung und die Beförderung.

In Rotterdam sind die Maschinisten und Heizer in den Ausstand getreten.

Aus dem Lande.

Eschters, 16. August.

Die Diebstähle werden fortgesetzt. In der Nacht zum Dienstag wurde von Dieben dem Geschäftshaus des Kaufmanns Enno Hübeler ein Besuch abgeleistet. Gestohlen wurde ein Sack mit Damm und Wäsche, im Ganzen für circa 200 Mk. Waren.

Varel, 16. August.

Einen Briefkasten wünschten die Anwohner der Reumühlen, Mühlen- und Hafenstraße an dem Hause des Kaufmanns Schimmelpennin, wo eine amtliche Verkaufsstelle von Postwertzeichen sich befindet. Jetzt wird der Briefkasten am Bahnhof meistens benutzt, wodurch eine Belastung der Bahnpost verursacht wird. Vor einigen Jahren wurde eine Eingabe der Anwohner durch die Postbehörde abgelehnt. Nachdem durch Errichtung der Hanjalonie dieses Stadtviertels noch mehr bevölkert ist, soll nochmals eine Eingabe gemacht werden.

Die Maul- und Klauenseuche greift noch weiter um sich. Gestern abend und heute morgen lagen schon wieder einige Tiere tot auf der Weide. Um die Weiterverbreitung zu verhindern, werden von den Landeuten allerlei Schutzmittel in Anwendung gebracht. So sieht man seit einigen Tagen die Kühe der Frau Bidden-Allen mit blau angezeichneten Hufen; andere Landeute reiben die Hufen mit Del ein oder reizen dieselben, um den Krampfkeimstoff abzuhalten. Wieder andere Landeute sind gleichgültig geworden. Bei Ellenferdam 3. B. liegt seit mindestens zwei Tagen eine Kuh tot auf einer Weide, auf der mehrere ansehende noch gesunde Tiere weiden. Diese Gleichgültigkeit könnte doch schlimme Folgen haben.

Borgholm, 16. August.

Die Wählerlisten für die Landtagswahl liegen vom 16. bis zum 23. August im Bureau des Gemeindevorstehers zur öffentlichen Einsicht aus. Es ist Pflicht jeden Wählers, sich von der Richtigkeit der Wählerlisten zu überzeugen. Leider wird die Landgemeinde, wie aus den seitigen Bekanntmachungen hervorgeht, nur in zwei Wahlbezirke eingeteilt, statt in drei, wie eine frühere Mitteilung lautete. Diese Änderung — wer sie verschuldet hat, wissen wir nicht — ist um so bedauerlicher, als jetzt wieder vielen Wählern zugemutet wird, einen Weg von 10 bis 15 Kilometern bis zum Wahllokal zu machen. Das ist also, die Rastour mitgerechnet, ein Marsch von 20 bis 30 Kilometer, für einen Fußgänger eine gute Tagesleistung. Durch Einlegung eines dritten Wahlbezirks, wie es vom Sozialdem. Wahlverein bereits im Jahre 1907 beantragt war, wären diese Wege auf die Hälfte mindestens abgemindert.

Oldenburg, 16. August.

Der Lohnkampf der Klempner ist, wie schon berichtet wurde, vor dem Einigungsamt beigelegt und die Arbeit nach neuemündigem Streik wieder aufgenommen worden. Vom 1. April 1912 ab wird die 9/10stündige Arbeitszeit eingeführt. Das Bemerkenswerteste an dieser Einigungsvereinbarung ist der Umstand, daß die Vertrauensleute der Innung, die zugleich die Leiter des Arbeitsvertrages sind, sich als Schiedsrichter bezeichnen, eine Verständigung auf der Grundlage einer Verkürzung der Arbeitszeit zu verhindern! — Der abgeklärte Tarif sieht folgendes fest: Die Arbeitszeit beträgt vom 1. April d. J. bis zum 31. März 1912 10 Stunden und vom 1. April 1912 bis zum 31. März 1913 9 1/2 Stunden. Der Mindestlohn beträgt laut Beschluß vom 14. August d. J. bis 31. März 1913 für ausgereimte Arbeiter nach benutzter Zeit im ersten Jahre 36 Pfg., bis zum 22. Jahre 45 Pfg. und für ältere selbständige Arbeiter 52 Pfg. bis zum 31. März 1912, von da ab bis zum 31. März 1913 54 Pfg. Bereits bestehende oder künftige Lohn dürfen nicht vermindert werden. Ueberstunden

dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden, und werden in diesem Falle bis 9 Uhr abends 25 Prozent Aufschlag und von 9 Uhr abends ab und bei dringenden Sonntagsarbeiten 50 Prozent Lohnaufschlag bezahlt. Bei Schmutzarbeiten, wie Klotztreiben usw., werden 50 Pfg. vergütet. Für Arbeiter über Land, wo der Arbeiter das Mittagbrot bei der Arbeitsstelle einnehmen muß, wird pro Tag eine Mark vergütet. Bei weiteren Montagen wird den Tag 3 Mk. oder freie Station gewährt. Bau- und Fahrzeit wird als gewöhnliche Arbeitszeit berechnet. Wohnregelungen dürfen nicht vorgenommen werden.

Die Bauarbeiter-Schutzkommission hat, wie die „Nachr.“ melden, darum nachgesucht, eine Verringerung der Bauordnung dahin vorzunehmen, daß die §§ 187—191 und 199 und 200 auf das Stadtgebiet ausgedehnt werden. Die §§ 187 bis 191 behandeln: Neubauen zur Unterkunft für die Arbeiter, Aborte auf Baustellen, Koksfeuer und Innenarbeiten im Winter, während in den §§ 199 und 200 Vorschriften über die Beschaffenheit der Baugelände gegeben sind. Der Magistrat kann eine Ausdehnung dieser zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter getroffenen Bestimmungen auf die im Stadtgebiet beschäftigten Bauarbeiter nur befehlen. Auch die Stadtgebietsverretter hat sich in diesem Sinne ausgesprochen. Bei Gelegenheit dieser Statutenänderung empfiehlt es sich, in dem die Geltung der Bauordnung im Stadtgebiet regelnden § 204 zum Ausdruck zu bringen, daß ein Verbot gegen § 2 gemäß § 18 verfolgt wird.

Ein arger Säufer ist der Dienstknecht V. aus Esfeld, der am 24. Juni einem Fahrradkünstler in Nönnemoor ein Fahrrad entwendete, dann in Schwaburg und in Barel die Schützenfeste besuchte, dort einem Witte vorkam, er habe viel Geld in der Lotterie gewonnen und eine große Jechte machte. Für diese Hebelstatten wurde er zu insgesamt 1 Jahr 5 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Delmenhorst, 16. August.

Landtagswahl. Für die Wahl der Abgeordneten zum Landtage 1911 ist die Gemeinde Delmenhorst in folgende Wahlbezirke eingeteilt:

14. Wahlkreis: Stadt Delmenhorst Nordbezirk (engere Stadt nördlich der Bahn Oldenburg—Bremen und östliche Stadtgebiete I, II und III).
1. Wahlbezirk (2992 Einwohner): Mühlenstraße (Straße nördlich der Bahn), Anoleumstraße (einschl. Häuser hinter der Kaser), Kinkulstraße, Schanzstraße, Düppelstraße, Schützstraße, Ankerstraße, Goebelstraße, Kuhhorner Straße, Rhodener Straße, Wehlfstraße, Rißstraße, Herderstraße, Jutehäuser.
2. Wahlbezirk (2914 Einwohner): Stedingers Straße, Weberstraße, Schillerstraße, Schönemoorstraße, Vellingstraße, Dwostraße, Nordstraße, Danalstraße, Teppichstraße, Lerchenstraße, Thülinger Straße, Lindenstraße, Privatweg (Straße Stedingers Straße bis zur Deime), Fabrikhof der Wollkammer.

3. Wahlbezirk (2944 Einwohner): Wollkammer (Häuser Nr. 14 bis Nr. 117), Ellernstraße, Hasberger Straße (einschl. Häuser bei der Fettfabrik), Nischenstraße, Birkenstraße, Helmstraße, Eichenstraße, Pappelstraße, Ulmenstraße, Sackelstraße, Friesenstraße, Frankstraße, Helsenstraße, Wendenstraße, d. Hl. Stadtgebiet I (nördlich der Bahn Oldenburg—Bremen).

4. Wahlbezirk (2717 Einwohner): Döhl, Stadtgebiet I (nördlich der Bahn Oldenburg—Bremen) östliches Stadtgebiet II und III.

15. Wahlkreis: Stadt Delmenhorst Südbezirk (engere Stadt südlich der Bahn Oldenburg—Bremen, südliches Stadtgebiet I und II, Deichhof und Dwoberg).
5. Wahlbezirk (2753 Einwohner): Cammerstraße, Grüne Straße, Rosenstraße, Bremerfeld, Anton-Güntherstraße, Heidestraße, Biensmehauer, Klosterplatz, Hospotier Damm (nur ? weiß. Seite), Döhlernstraße, Jägerstraße, Noortkampstraße, Döhlern, Karstraße, Klotzstraße, südliches Stadtgebiet I und II.

6. Wahlbezirk (2690 Einwohner): Bremer Straße, Nellenstraße, Helmstraße, Tulpenstraße, Pflanzstraße, Sphrestraße, Weisenstraße, Altemstraße, Weichenstraße, Hasberger Straße (von der Bremer Straße bis zur Bahn), Stadthofstraße, Gehrstraße, Fischstraße, Zwölft, Ortschaft.
7. Wahlbezirk (2841 Einwohner): Lange Straße, Gartenstraße, Mühlenbamm, Neuer Markt, an den Graften, Delmegearten, Bismarckstraße, Koonstraße, Barkstraße, Kleine Kirchstraße, große Kirchstraße, Kirchplatz, Schulstraße, Bohnehoffstraße, Ruge Straße, Roppelstraße, Müllersstraße, Wittenbinderstraße, Wehlfstraße, Kaulenstraße, Mühlenstraße (von Lange Straße bis zur Bahn), Blumenstraße, Wallstraße.

8. Wahlbezirk (2668 Einwohner): Oldenburger Straße, Baumstraße, Brauentamper Straße, Ranfstraße, Tiergartenstraße, Jahnstraße, Dwoberger Straße, Düper Straße, Neue Straße, Schillstraße, Hegerer Straße, Sadstraße, Deichhorst, Dwoberg.

Ein neuer Streiter in Christo ist erstanden, um gegen uns in der katholischen „Oldenb. Volkszeitung“ zu wettern wegen der nicht bedingungslos bewilligten katholischen Hülfschule für schwachbegabte Schüler. Der gute Katholik beirret vorweg, daß der von uns erwähnte jesuitische Grundsat „Der Zweck heiligt die Mittel“ nicht echt jesuitisch ist. Hierüber zu rechten, können wir analog den Feststellungen des früheren Jesuitendünglings, des vom Zentrum abgefallenen Grafen Hoensbroch, ruhig unterlassen. Daß der andere Riordbeiter oder Berichtstatter in Nr. 92 der „Oldenb. Volkszeitung“ den soz. Stadtverrettern fälschlicherweise unterstellt hat, daß dieselben für „nur“ 25 schwachbegabte Kinder keine katholische Schule errichten wollen und die Sache so darstellt, als müsten die soz. Stadtverretter einer Verkräftung des Unterrichts bei einer größeren Schülerzahl schwachbegabter Schüler zu, übergeht der neue Streiter recht gesittet, weil selbst, daß in dem Berichte in Nr. 92 der „Oldenb. Volkszeitung“ gelogen worden ist. Aber auch der jetzige in Nr. 95 der „Volkszeitung“ auftretende Streiter unterstellt dem „Nordb. Volksblatt“ die Ansicht gelehrt zu

haben, „echt religiöse Erziehung mache diese Kinder zu Idioten. Diese Behauptung ist eben auch eines jener Mittel, wie der Zweck heiligen muß. Der Schreiber entwirrt sich dann darüber, daß das „Nordb. Volksblatt“ gelehrt hat, in der Hülfschule könne wenig oder gar kein Religionsunterricht gegeben werden. Hieraus erleiht man, daß es den Katholiken nicht in erster Linie darauf ankommt ihre schwachbegabten Kinder zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft erzogen zu sehen, sondern vor allem zu fanatischen Katholiken. Der Zentrumsanhänger Hesse sprac es in der hiesigen Stadtverretterung ja auch öffentlich aus, daß er beispielsweise seine Kinder lieber zu Idioten werden lasse, als sie in eine andere wie „katholische“ Hülfschule zu schicken. Dieser öffentlich getane Auspruch beweist, wie der Dogmatische Fanatismus jede Vernunft unterdrückt. Leider handelt es sich hier um keinen Einzelfall, sondern der Klerus hat hier am Orte unter der Mehrzahl seiner Anhänger ganze Arbeit gemacht und ganz besonders in Schulfragen jede freie Vernunft vernichtet. Wenn dieserhalb die sozialdemokratischen Stadtverretter nicht allein um 30000 Mark einmalige und 50000 Mark laufende Ausgaben zu schaden, sondern auch aus irdischen Gründen für Angliederung der katholischen an die bestehende Hülfschule eintritten, so kann es jeder Mensch, der objektio zu denken in der Lage ist, begreifen. Es ist deshalb absolut unrichtig, wenn die „Oldb. Volkszeitung“ schreibt, die Sozialdemokraten wollen die den Katholiken zulehrende Hülfschule vorentfallen aus Terrorismus. Die Sozialdemokraten wollen lediglich den bedauernswerten katholischen Kindern eine Hülfschule aus allgemeinen Mitteln schaffen, aber keine allgemeine Mittel aufwenden, um eine Drillanstalt für den Klerus zu schaffen.

Ein Opfer des Sturmes, der am gestrigen Tage hier herrschte, ist eine der bei Suomanns Hotel lebenden alten Linden geworden. Der Baum ist oberhalb der Wurzel abgebrochen und mit großer Wucht nach der Seite des Marktplatzes zu gefallen, ohne Schaden anzurichten. Bei dem dort sonst herrschenden lebhaften Verkehr ist es als ein Glück zu bezeichnen, daß der umfallende Baum niemand verletzt hat.

Das Sommerfest der Delmenhorster Arbeiterschaft am Sonntag den 20. d. Mts. verpricht, nach den getroffenen Vorarbeiten zu urteilen, ein Volksfest größeren Stils zu werden. Wäher den zur Vorbereitung und Leitung des Festes ansernehmen Personen entwickeln die Mitgliedschaften der mitwirkenden Vereine eine lebhafte Tätigkeit, um wirksam zur Verschönerung des Festes beitragen zu können. Hinwelen wollen wir darauf, daß die Romieemittglieder am Sonnabend abend und die jungen Mädchen, welche die Verkaufstände übernehmen wollen, am Sonntag morgen zu einer Befprechung im „Schützenhof“ zusammenkommen müssen.

Nach aller Welt.

Eine Jungesellenfeier in Lyon. Die weißen Stadtulter der Stadt Lyon haben beschlossen, die vielen jungen Männer, die die Eingehung einer Ehe scheuen, auf dem Wege der Steuerordnung in ihrem Entschluß warent zu machen. Die Stadt hat sich an die Regierung gewandt, um die Erlaubnis zu einer Jungesellenfeier zu erwirken. Sie wird aber nur die reichen Hagefolge in Mildeidenschaft zischen, denn die unverheirateten Männer sollen erst von einem Steuerbetrag von 250 Mk. an einen Zuschlag von 5 Prozent zahlen. Unter den heiratungslosen Damen von Lyon herrscht darüber natürlich große Freude, und sie haben schon in Erwägung gezogen, ihren Stadtvätern ein Denkmal zu setzen.

Aus der Kaserne. In Frankfurt a. O. ist in der Artilleriekaserne die Rube ausgebrochen. Bis Sonntag abend waren 30 Kanone in das Kasarett eingeschleift. Durch Garnisonbefehl ist den Mannschaften der Feldartillerie-Kaserne das Wasserrinken verboten worden.

Das Kriegsgericht der 26. Division in Stuttgart verurteilte den Major Weier vom 1. Unterflüßlichen Infanterieregiment Nr. 132 wegen Mißhandlung Untergebenen in 3 Fällen und wegen Beleidigung von Untergebenen in 9 Fällen, begangen als Kompagnieführer im württembergischen Infanterieregiment Nr. 180, zu 3 Wochen Stubenarrest.

Feuerpeinder Berg. Aus Lofio wird geschrieben, daß am Dienstag früh ein heftiger Ausbruch des Vulkanus Alama erfolgte. Man beschätzte den Tod von 30 Touristen, unter ihnen mehrere fremde.

Vermishtes.

Der Apasentanz. Der Verein der Saalbellerer Berlins beschloß, sich mit den Tanzmeitern zur Abstellung der in den Tanzsälen bestehenden Mißstände in Verbindung zu setzen, die Saalbellerer vor dem Dulden unanständiger Tänze zu warnen und durch Ausschagen weiterer Plakate in den Tanzlokalen solche Tänze zu verbieten.

Aus dem Parteisekretariat.

An die Ortsvorstände der sozialdemokratischen Wahlvereine.

Parteilosen! Unter Ausübung des Auftrages des Hauptparteiobstandes, betr. die Barockoffiziere, sollen im ganzen Agitationsbezirk Flugblätter gegen die Weipolitik und gegen die Gefahr eines Weiteitages verbreitet werden und zwar einheitlich am Sonnabend und Sonntag den 19. und 20. August!

Die Flugblätter gegen den Ortsvorständen direkt durch die „Volksblatt“-Druckerei zu, und wollen die Vorstände sofort Stellung zu einer ordnungsgemäßen und gewissenhaften Verbreitung nehmen.

Der Bezirksvorstand.

J. H. Das Sekretariat.

Heimatgift.

Roman von Carl Conio Scapinelli

(11. Fortsetzung.)

„Wer ist denn der höhere Jüngling dort mit dem Mädchen, die du eben anfragst?“
 „Das ist Fritz von Ralten, ein Abiturient des Freimärker Gymnasiums, nebenbei Bräutigam einer armen Dadrerin!“

„Das ist ja großartig! Mit dem mußt du mich bekannt machen!“

„Wenn ihm unser einfaches Liebesverhältnis nicht zu gering ist; — verleihe Magda; sie sind ein Brautpaar!“

„Das ist doch eierlei!“

„Im Grunde schon, denn der Kleine heiratet die doch niemals! — Aber für ihn nicht! Für ihn wahrlich nicht. Er nimmt die Sache fürchtbar ernst und heilig und vergißt sein Studium darüber!“

„Sie hatten sich kalten Schinken und Wein kommen lassen, drinnen begann wieder die Musik ihre lauten blechernen Weisen zu schmettern, und dazu stampfte und schälste die mannbare und weibliche Jugend des Ortes.“

„Nun wollte Magda plötzlich auch tanzen. Und schließlich gab Bruno nach und deckte sie auch einmala herum.“

Dann holte er Kefel zum Tanz.

Fritz von Ralten blieb nichts anderes übrig, als alle seine guten Vorfälle über Bord zu werfen, seine Unterstützung einzubüßeln und wie es die Sitte forderte, Magda aufzufordern. Er tat es sehr fleißig und sprach dabei kaum zehn Worte mit ihr. Aber sie wußte bald durch ihr schallhaftes Wesen ihn verständlicher, weicher zu stimmen.

Begeistert schloß er sich freiwillig nicht an ihrer Seite; ihre ganze Art ihn anzusehen, sich in seinen Arm zu schmiegen, machte ihn schwül, ließ sie ihm in einem ganz eigenen Lichte erscheinen, wie eine mit magischen Kräften ausgestattete Versuchskühe. Und darum begann er auch, als er mit ihr dahinschlief, Bruno weniger böse zu sein; ihre dämonische Art hatte ihn bezwungen, — freiwillig, daß er ihr Klara geopfert, die er, seit er sie zum ersten Mal gesehen, heimlich anbetete, verstand Fritz nicht. Darum war er wieder herzlich froh, wie er seine Keifer an der Hand hielt.

Es war schon spät am Nachmittage, eigentlich hatte er sich vorgenommen, um 4 Uhr bereits nach Freimarkt zurückzugehen, er hatte doch noch zu studieren, aber es war schon einhalb sechs, als er richtig daran dachte.

Er hatte sich schließlich mit Bruno und Magda an einen Tisch setzen müssen, — und so weit es sein Naturell zuließ, war er guter Dinge. Besonders Magda und Kefel unterhielten sich höchst angelegentlich.

Und wie sie im besten Zuge waren, da löste plötzlich eine tiefe Bostimme hinter ihnen:

„Guten Abend, meine Herrschaften!“

Der Professor Wöringer war es.

Einen Augenblick fuhr Bruno zusammen, sein erster Gedanke war, ob Klara am Ende auch mit wäre, und auch Fritz erschrak, weil ihn sein väterlicher Freund und Institutsvater nun wieder mit dem Mädchen sah, statt daß er zu Hause studierte.

Kuhig, sich am Schenck der beiden weidend, stand Wöringer da.

Er hatte auch einen harten Ramoß geklopft, ehe er sich entschloß, Bruno anzusprechen. Aber seine Bewunderung für dessen Arbeitsleistung hatte schließlich die unangenehmen Gefühle, die er als Vater Klaras empfand, zurückgedrängt.

Er hoffte und baute noch immer darauf, daß Bruno ein starkes Temperament, daß dessen Offenheit und Ehrlichkeit liegen mußten. Klara war seit dem letzten Zusammenstoß schwer im Innersten getroffen, auf Anraten des Vaters zu Verwandten nach Wien gereist. Professor Wöringer wollte sich doch Magda näher ansehen und mit Bruno wieder einmal sprechen.

Freilich weit mehr beunruhigte es ihn, daß Fritz statt die letzten Wochen und Monate anzukunnen am Arme Kefels zum Tanze ging, daß Fritz sich in diese Gesellschaft mischte, die für ihn nicht, durchaus nicht paßte. Er mußte doch fühlen, daß das Verhältnis Bruno zu Magda ein ganz anderes sei, wie seines zu Kefel.

Aber Wöringer war zu rational, den Umständen etwas ähnliches zu sagen. Werden lassen! war sein Erziehungsgrundsatz, und höchstens tätigen, nicht fesseln wollen und lassen lassen.

Bruno hatte bald die Hoffnung wieder gewonnen, während Fritz durch Wöringers Gegenwart an sein Verkömmeris erinnert kleinlaut und kumm wurde. Ueber ihn schlich allmählich das Gespenst des moralischen Jammers, das ihn so oft aufzusuchen pflegte.

Der alte Wöringer begann sogar seine Witzchen zu machen, scherzte mit Kefel, hatte auch für Magda ein oder die andere Phrase. Dabei hielt er doch von ihr immer eine gewisse Distanz ein. Er war ja Klaras Vater, und wenn er sich mit ihr unterhielt, so geschah es nur Klaras und Bruno wegen.

Fritz wollte sich früher empfehlen, aber Wöringer meinte: „Nein, nein, Fritz, wir gehen alle zusammen, Sie kommen doch nicht mehr zum Studium!“

Wöringer war es hauptsächlich darum, mit Bruno und Magda nicht allein zu sein.

Es war unterdessen dunkel geworden, der Wirt brachte die Windlichter. Ein lauer Frühlingsabend, der es gekostete, noch ein Stündchen im Freien zu sitzen. Die Raltantenblätter glitzerten beim Schein der Lichter, der Wein glänzte in den Gläsern, und plötzlich begannen alle sich sehr wohl zu fühlen, die Musik kam ihnen nicht mehr so schlecht vor.

Magda war eben mit Fritz in den Tanzsaal gegangen, da wandte sich Wöringer zu Bruno.

„Warum läßt du dich garnicht mehr sehen?“

„Ich wußte nicht, ob du mich noch sehen wolltest — noch allemal!“ sagte er lachend hinzu.

„Wir sind doch Männer, uns verbindet mehr, — uns macht eine Enttäuschung, der Zusammenbruch eines Traumes noch nicht zu Feinden. Frauen, ja, die kennen nur eines, du mußt das auch Klara nicht übel nehmen!“

Er sagte es leise, ihn dabei bei der Hand haltend. Besämt hörte Bruno zu, beschämt und ergriffen. Was für ein weiches Gemüt, was für ein gläubigkommen, altes Menschenkind, dem die Freundschaft noch so viel galt, der nicht aufhörte an einen zu glauben, auch wenn er ihn bis ins innerste Mark verriet.

„Ich kann freiwillig mit der Dame nicht so sein, wie ich möchte und sollte, — das verzeihst du mir, — ich kann da nicht hinaus! Aber laß dich dadurch nicht irren machen! Ich bin befangen!“ Dann hob er sein Glas:

„Du siehst in vino veritas et amicitia!“ Und er stieß leise an Bruno's Glas.

Dann sahen sie eine Welle ganz still und stumm neben einander, als wäre ihnen beiden durch dieses Gespräch ein Stein vom Herzen gefallen. Nur jeder nahm in Abköhnen einen kräftigen Schluck aus dem Weinglas. Der Abend war noch immer lau, und der Wein machte sie warm. Mitten in ihr lütel, behagliches Dahinträumen mischte sich dann Magdas laute Art, die eben mit Fritz vom Tanzsaal zurückkehrte.

„Ihr sitzt ja so still da, wie zwei Mäuschen in der Kirche!“

„Ja, fast so still und stumm!“ entgegnete Professor Wöringer.

Die Unterhaltung kam langsam wieder in Gang, der Professor erzählte eine drollige, alte Bauerngeschichte aus dem Schloße.

„Und das Mäuschen knappert und knappert an dem Speck.“ Doch plötzlich hielt er inne. Sein Blick wandte sich der Garteneinfahrt zu, wo eben ein zweifelhiger Wagen hielt.

Und wie er verstummte, richteten sich auch die Augen aller Zuhörer dorthin.

„Der Doktorwagen!“ sagte Fritz zuerst.

„Der Herr Sohn!“ meinte Kefel nach.

Und schon kam Dr. Gottfried Wöringer auf den Vater zu. Er schien die anderen gar nicht zu sehen. Er war sehr aufgeräumt und mußte wohl schon ziemlich viel getrunken haben. Nun stand er am Tisch.

„Ich hab' in der Nähe eines Krankenbetsch gehabt, da hörte ich, daß du da seist, Vater, nur deswegen kam ich, da kamst dann mit mir heimfahren!“

Jetzt schien er erst Bruno und Magda bemerkt zu haben. Einen Augenblick wurde er ganz bleich, und sein Schweiß auf der Wange erschien noch röter.

Plötzlich sagte er: „Hier wird wohl für mich kein Platz sein, ich gehe mich wo anders hin.“

Aber Professor Wöringer meinte: „Naht die alten Geschichten, Ihr seid doch zu vernünftig dazu! — Sey' dich nur her, die Herrschaften erlauben schon!“

Niemand erwiderte ein Wort. Nur Bruno nickte ein wenig. Schwer ließ Dr. Gottfried in den Stuhl neben seinen Vater, „Guten Abend“, sagte er tonlos.

Kleines Feuilleton.

Eine Mutter-Großstadt.

Wie das deutsche Generalkonsulat in Sidney mitteilt, hat die australische Bundesregierung einen internationalen Wettbewerb zur Erreichung von Plänen für die neu anzuliegende Bundeshauptstadt ausgeschrieben. Es ist hierbei den Architekten aller Länder Gelegenheit geboten, bei dem Plan zur Anlage einer modernen Großstadt die Erregenschaften des modernen Stadtbauwesens zu verwerten. Nach Ansicht des Generalkonsulats wäre es wünschenswert, daß auch deutsche Architekten sich an dem Wettbewerb beteiligen. Es sind drei Preise ausgesetzt von 35 000, 15 000 und 10 000 M. Alle Einzelheiten der Bedingungen, sowie der in Frage stehenden Details können mit den zugehörigen Karten auch von der britischen Botschaft in Berlin bezogen werden. Dieses Preisausgeschrieben ist auch volkswirtschaftlich von großem Interesse, weil es in Zusammenhang steht mit den ersten praktischen Versuchen zu einer Bodenreform in großer Stil. In Australien war durch Bodenankauf einiger großer Finanzleute eine außerordentliche Bodenpekulation entstanden. Die Folge war, daß die Bodenreform besonders unter der ausfallgebenden Arbeiterpartei einen großen Anhang gewann. Als im Jahre 1901 die fünf Kolonien sich zu einem Staatswesen zusammenschlossen, entstanden Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Stadt als Hauptstadt gelten sollte. Man einigte sich deshalb dahin, eine neue Stadt anzulegen, deren Wahl im Jahre 1904 stattfand. Um die hierbei unermeidliche Bodenpekulation auszuschalten, wurde auf Antrag der Arbeiterpartei ein Gesetz angenommen und in die Verfassung eingefügt, daß alles Land 30 Meilen im Quadrat um die Hauptstadt enteignet werden soll. Der Grund, auf dem sich die künftige Hauptstadt erheben soll, wurde auf diese Weise Eigentum des Staates, der es lediglich durch Verpachtung nutzbar machen darf. Aller Gewinn aus der steigenden Bodenrente wurde für gemeinnützige Zwecke, Schulen usw. bestimmt.

Eine seltene Planeten-Konstellation.

Seit zwei Monaten haben wir zwei prächtige Abendsterne:

Venus, die der Sonne nachgeht und jetzt etwa eine Stunde nach ihr im Dunstkreis des westlichen Horizonts verschwindet, und Jupiter, der weiter südlich ihr folgt und etwa zwei Stunden nach ihr untergeht. Seit einigen Wochen haben wir aber auch zwei Morgensterne, nämlich Mars und Saturn. Mars tritt im letzten Drittel des Monats August aus dem Sternbild des Widlers in das des Stiers; er geht am Anfang um 11 Uhr, am Schluß des Monats schon um 10 Uhr auf. Sein intensiver roter Glanz macht ihn zum auffälligsten Gestirn des ganzen Himmels. Bald nach Mars geht Saturn auf, der nicht so hell ist wie Mars, aber immer noch heller als der hellste Fixstern. Beide rücken einander immer näher; am 17. August um 5 Uhr früh befinden sie sich ganz nahe beisammen, da Mars nur 22 Bogengraden (etwa zwei Drittel Mondbreite) nördlich vom Saturn steht. Vier Stunden später zieht das letzte Viertel des Mondes nördlich an beiden Planeten vorüber; in der Nacht vorher sieht man das Mondviertel etwas westlich von dem Planetenpaar. Das Dreiecklein wird einem herrlichen Anblick bieten.

Neder Pavianen in Südamerika.

plaudert im neuesten (7.) Heft des „Rosmos“, Handweiser für Naturfreunde (Stuttgart), ein Forscher, der noch vor 20 Jahren diese damals nicht seltenen Tiere während eines Aufenthalts unter den Buren kennen lernte. Nicht oberhalb Kapstadt hausten sie an den unzugänglichen Klippen des Tafelbergs; auch ihr beständiger Begleiter und Unerföhrlicher Feind, der Leopard, kam damals noch am Tafelberg vor. Am häufigsten bin ich, so erzählt jener Forscher, mit ihnen in Klein-Namaqualand zusammengetroffen, wo sie allerdings in der Nähe jener einzelnen „Kopjes“ und kleinen Felsabhänge umherstreiften, in deren Höhlen sie wohnten, von wem einer Schar Hunde nicht unähnlich. Alle Mais-, Wein- und Obstgärten der Nachbarschaft mußten ihnen regelmäßigen Tribut entrichten, da kein Mittel ihrer Schaulheit und Lüge gewachsen war. Solange sie sich mit Korn und Obst begnügten, und als Fleischnahrung nur Spinnen, Skorpione, Heuschrecken und Käfer zu sich nahmen, betrachtete der Bur sie noch als erträglich. Oft kam es aber vor, daß einzelne von ihnen, besonders alte Männchen, Geschmack an Dämmern fanden, von denen sie zuerst die Eingeweide und dann auch das Blut und das Fleisch genossen. Solche Räuber wurden auch den Menschen gefährlich; so ist uns ein bestimmter Fall aus dem „Balkveld“ erzählt, wo ein Pavian ein vor dem Hause eines Buren spielendes Kind weggeholt und mitgeschleppt hatte, um es zu zerreißeln. Vor diesen Gesellen war kein Laund noch Jüfiken mehr sicher, und sie konnten zur schrecklichen Plage werden: — Für gewöhnlich bedarf der Pavian nicht der Zänke; er tritt sein Fülligkeitsbedürfnis mit den ihm bekannten Zwiebeln, Knollen und sonstigen wasserhaltigen Pflanzenstücken oder mit Zantropfen zufriden. Anders die Fleischnesser unter ihnen, die bereits „Blut gelakt“ haben. Sie sitzen sich aus Durst sogar in die Brunnen, die ja in jenen Gegenden nur aus offenen, trichterförmigen Gruben bestehen. Sind solche freilich, und enthalten sie viel Wasser, so ertrinken die Affen zuweilen. Auf einem Jagdritt nach dem Orangejessah kam ich mit einem Buren an einen solchen tiefen, ausgetrockneten Brunnen, ein hellmondiges, trichterförmiges Loch in felligem Grund. In beiden Grunden lagen gebleichte Knochen und Schädel von Pavianen: ein altes Männchen, zahlreiche weibliche und mehrere Junge. Die Schädel der letzteren überstülpten mich durch ihre Menschenähnlichkeit. Das alte Männchen hatte Fußlänge von fast 6 cm Länge. Das waren „Lamm-octoren“, sagte der Bur, sonst wären sie nicht so „gek“ nach dem Wasser gewesen und nicht ertrunken. — Junge Paviane wurden von den Ansiedlern hin und wieder an Ketten gelegt und gezähmt. Wie andere Affen auch, sind sie dem Alkohol sehr ergeben und lieben besonders den Wein sehr, auch Branntwein, doch diesen nur verdünnt. Außerordentlich gern aßen sie auch Tabakrauch ein, der sie stark zu erregen scheint. Nach Fleisch sind gefangene Affen sehr begierig, besonders nach rohem. Um Eier zu ergattern, wenden sie alle Affen an. Auch von amerikanischen Affenarten wurde mir übrigens erzählt, daß sie Tabakrauch sehr lieben, was man doch wohl bei keiner sonstigen Tiergattung findet. Breym erzählt das gleiche vom Kollschwanzaffen.

Ein Zeigefinger zu kaufen gesucht!

Wer hat einen Zeigefinger zu verkaufen? Mrs. Reginald Waldorf aus Philadelphia hat ein Inserat im „Newport Herald“ erlassen, daß sie einen zu kaufen und einen anständigen Preis dafür anzulegen gemillt ist. Die Dame ist eine junge Witwe, die sich vor einiger Zeit den rechten Zeigefinger mit einem rostigen Messer verletzte, so daß eine Infektion eintrat und es nötig wurde, den Finger zu amputieren. Mrs. Waldorf ist jedoch eine ausgezeichnete Musiklerin und möchte nicht für ihr ganzes Leben darauf verzichten, Klavier und Orgel zu spielen. Da sie nun von dem großen Fortschritten der Verpflanzung von Körperzellen in letzterer Zeit gebürt hat, so möchte sie den Versuch machen, wieder in den Besitz eines Zeigefingers zu gelangen. Wer daran denkt, die diesen Wunsch zu erfüllen, der möge zunächst nachsehen, ob sein Zeigefinger den Ansprüchen genügt, wie der Arzt sie formuliert hat: Es muß der Zeigefinger der rechten Hand sein, seine Länge muß 7 1/2 cm und sein Umfang am ersten Glied 5 cm, am dritten Glied 4 cm betragen. . .

Man kann es gewiß billigen, wenn ein Mensch glaubt, ein entbehrliches Glied seinem Mitmenschen opfern zu können, um diesem das Leben lebenswerter zu machen; doch empfindend ist es, wenn ein Mensch seinen Finger hingibt aus Gründen seiner Existenz. Das sind auch Folgen unferer kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

